

ANTRAGSBUCH TEIL 3

WEITERE ANTRÄGE

Mit den Empfehlungen der Antragskommission

Organisation	130
Rechtsextremismus	136
Rentenpolitik	158
Soziales	160
Statutenändernde Anträge	164
Umwelt	169
Verkehr	170
Verschiedenes	174
Konsensliste	178

Die im Antragsbuch mit (K) gekennzeichneten Empfehlungen der Antragskommission wurden im Konsens ausgesprochen (siehe Konsensliste).

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

ORGANISATION

Wiedervorlage Antrag 116/I/2012

KDV Pankow

Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012

Der Landesparteitag möge beschließen:

SPD unterstützt "Arbeitsgemeinschaft Ost"

Die SPD begrüßt das Vorhaben von zwölf Berliner Abgeordneten, innerhalb der Berliner SPD die "Arbeitsgemeinschaft Ost" (AGO) zu gründen.

Insbesondere unterstützen wir die folgenden Ziele:

- Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Abbau von Benachteiligungen bei der Rente

Wir begrüßen zudem, dass die Mitarbeit in der AGO allen Genossinnen und Genossen des SPD-Landesverbandes Berlin offen steht, also eine ostdeutsche Sozialisation weder Voraussetzung noch Hinderungsgrund für die Mitarbeit ist.

Wiedervorlage Antrag 117/I/2012

Abt. 01 | Pankow

Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012

Der Landesparteitag möge beschließen:

SPD unterstützt "Arbeitsgemeinschaft Ost"

Die SPD begrüßt das Vorhaben von zwölf Berliner Abgeordneten, innerhalb der Berliner SPD die "Arbeitsgemeinschaft Ost" (AGO) zu gründen.

Insbesondere unterstützen wir die folgenden Ziele:

- Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Abbau von Benachteiligungen bei der Rente

Wir begrüßen zudem, dass die Mitarbeit in der AGO allen Genossinnen und Genossen des SPD-Landesverbandes Berlin offen steht, also eine ostdeutsche Sozialisation weder Voraussetzung noch Hinderungsgrund für die Mitarbeit ist.

Wiedervorlage Antrag 123/I/2012

Abt. 13 | Friedrichshain-Kreuzberg

Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012

Der Landesparteitag möge beschließen:

Mindestens die Hälfte der von der SPD Berlin zu wählenden Delegierten für den SPD Parteikonvent dürfen keine Mitglieder des Bundestages, des Bezirksamtes, des Abgeordnetenhauses, des Senats oder der Bundesregierung sein.

Wiedervorlage Antrag 124/I/2012

Abt. 06 | Pankow

Der Landesparteitag möge beschließen:

Durch parteiöffentlichen Bericht sind jährlich nach Fraktionen, Senat und Bezirksamtern getrennt die jeweiligen

Wiedervorlage Antrag 116/I/2012

Empfehlung der AK 09.06.2012 / 04.10.2012

Annahme (K)

Wiedervorlage Antrag 117/I/2012

Empfehlung der AK 09.06.2012 / 04.10.2012:

Erledigt bei Annahme 116/I/2012 (K)

Wiedervorlage Antrag 123/I/2012

Erledigt durch Wahl der Berliner Delegation zum SPD Parteikonvent (K)

Wiedervorlage Antrag 124/I/2012

Empfehlung der AK 09.06.2012 / 04.10.2012:

Ablehnung (K)

01 durchschnittlichen Höhen der Mitgliedsbeiträge und Man-
02 datsträgerInnenabgaben der Amts- und MandatsträgerIn-
03 nen sowie der Referats- und AbteilungsleiterInnen und
04 StaatssekretärInnen auf den verschiedenen Ebenen sowie
05 die Anzahl der Säumigen mitzuteilen.

06

07 **Antrag 83/II/2012**

08 **Abt. 01 | Pankow**

09 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10

11 Die Landesparteitage der Berliner SPD werden in Zukunft
12 live per Video und in voller Länge im Internet übertragen
13 (sog. Livestream).

14

15 **Antrag 84/II/2012**

16 **Abt. 02 | Pankow**

17 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

18

19 **Übertragung von SPD-Landesparteitagen im Internet**

20 Die Landesparteitage der Berliner SPD werden in Zukunft
21 live per Video und in voller Länge im Internet übertragen
22 (sog. Livestream).

23

24 **Antrag 85/II/2012**

25 **Abt. 01 | Pankow**

26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

27

28 **Neues Verfahren bei Mitgliederbegehren**

- 29 1. Der Landesvorstand ernennt einen Beauftragten für
30 Mitgliederbegehren auf die Dauer der Legislatur, des-
31 sen Aufgabe es ist, hauptamtlicher Ansprechpartner
32 für Auskünfte zu sein sowie im Falle eines Mitglieder-
33 begehrens mit dem benötigten und entsprechenden
34 Personal die geleisteten Unterschriften auf ihre Gültig-
35 keit hin zu überprüfen. Die jeweils benannte haupt-
36 amtliche Kraft ist im Rahmen der Wahrnehmung die-
37 ser Aufgabe von Weisungen aller Gliederungen, insbe-
38 sondere des Landesvorstands oder der Kreisvorstände,
39 unabhängig. Sie genießt wegen dieser Tätigkeit ver-
40 gleichbar mit Betriebsräten besonderen Kündigungss-
41chutz und kann im Nachgang wegen ihrer getroffenen
42 Entscheidungen im Zusammenhang mit der Gültig-
43 keitskontrolle von Unterschriften im Rahmen eines
44 Mitgliederbegehrens nicht gekündigt werden. Sie ist
45 nur dem Parteitag oder der Landesschiedskommission
46 gegenüber rechenschaftspflichtig. Kündigungen von
47 Personen, die jemals Aufgaben im Zusammenhang mit
48 der Gültigkeitskontrolle von Unterschriften im Rahmen
49 eines Mitgliederbegehrens wahrgenommen haben,
50 sind unverzüglich öffentlich zu machen, es sei denn,
51 dass die gekündigte Person dies nicht will.
- 52 2. Das Prinzip, dass Unterschriften bei Mitgliederbegeh-
53 ren nur gültig sind, wenn die Unterschrift auf Listen
54 des jeweiligen Kreisverbands geleistet wurde, in dem
55 das Mitglied seinen gemeldeten und auch tatsächlichen
56 Wohnsitz hat, wird aufgehoben. Stattdessen ist
57 bei berlinweit relevanten Mitgliederbegehren die Un-
58 terschrift eines jeden Mitglieds zu berücksichtigen,
59 unabhängig von der Frage, ob das Mitglied beispiels-
60 weise in Steglitz-Zehlendorf lebt, aber seine Unter-
61 schrift auf einer offiziellen Liste des Bezirks Lichten-
62 berg geleistet hat.

Antrag 83/II/2012

Annahme (K)

Antrag 84/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 83/II/2012 (K)

Antrag 85/II/2012

Überweisung an Statutenkommission (K)

- 01 3. Die Mitglieder sind über jedes formell in Gang gesetzte
02 Mitgliederbegehren unverzüglich per Briefpost zu in-
03 formieren. Dazu ist der Landesvorstand verpflichtet.
04 Erfolgt eine unverzügliche Information per Briefpost
05 nicht, so verlängert sich das Mitgliederbegehren um
06 den entsprechenden Zeitraum, bis eine direkte Mit-
07 gliederinformation auch tatsächlich erfolgt ist.
- 08 4. Sofern erforderlich – insbesondere wenn mehrere
09 Mitgliederbegehren in Gang gesetzt wurden –, setzt
10 der Landesvorstand aus Gründen der Verfahrenseffizi-
11 enz und der Kostenersparnis (Konzentration) einver-
12 nehmenlich mindestens zwei verbindliche Termine pro
13 Jahr fest, an denen Mitgliederentscheide stattfinden
14 sollten.
- 15 5. Die Vorstände aller Gliederungen der Berliner SPD
16 werden verpflichtet, die Durchsetzung eines Mitglie-
17 derbegehrens aktiv zu unterstützen. Dies gilt insbe-
18 sondere bzgl. der Informierung der Mitglieder sowie
19 um die Zugänglichmachung der Unterschriftenlisten.
20

21 **Antrag 86/II/2012**

22 **Abt. 02 | Pankow**

23 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

24 **Neues Verfahren bei Mitgliederbegehren**

- 26 1. Der Landesvorstand ernennt einen Beauftragten für
27 Mitgliederbegehren auf die Dauer der Legislatur, des-
28 sen Aufgabe es ist, hauptamtlicher Ansprechpartner
29 für Auskünfte zu sein sowie im Falle eines Mitglieder-
30 begehrens mit dem benötigten und entsprechenden
31 Personal die geleisteten Unterschriften auf ihre Gültig-
32 keit hin zu überprüfen. Die jeweils benannte haupt-
33 amtliche Kraft ist im Rahmen der Wahrnehmung die-
34 ser Aufgabe von Weisungen aller Gliederungen, insbe-
35 sondere des Landesvorstands oder der Kreisvorstände,
36 unabhängig. Sie genießt wegen dieser Tätigkeit ver-
37 gleichbar mit Betriebsräten besonderen Kündigungss-
38chutz und kann im Nachgang wegen ihrer getroffenen
39 Entscheidungen im Zusammenhang mit der Gültig-
40 keitskontrolle von Unterschriften im Rahmen eines
41 Mitgliederbegehrens nicht gekündigt werden. Sie ist
42 nur dem Parteitag oder der Landesschiedskommission
43 gegenüber rechenschaftspflichtig. Kündigungen von
44 Personen, die jemals Aufgaben im Zusammenhang mit
45 der Gültigkeitskontrolle von Unterschriften im Rahmen
46 eines Mitgliederbegehrens wahrgenommen haben,
47 sind unverzüglich öffentlich zu machen, es sei denn,
48 dass die gekündigte Person dies nicht will.
- 49 2. Das Prinzip, dass Unterschriften bei Mitgliederbegeh-
50 ren nur gültig sind, wenn die Unterschrift auf Listen
51 des jeweiligen Kreisverbands geleistet wurde, in dem
52 das Mitglied seinen gemeldeten und auch tatsächli-
53 chen Wohnsitz hat, wird aufgehoben. Stattdessen ist
54 bei berlinweit relevanten Mitgliederbegehren die Un-
55 terschrift eines jeden Mitglieds zu berücksichtigen,
56 unabhängig von der Frage, ob das Mitglied beispiels-
57 weise in Steglitz-Zehlendorf lebt, aber seine Unter-
58 schrift auf einer offiziellen Liste des Bezirks Lichten-
59 berg geleistet hat.
- 60 3. Die Mitglieder sind über jedes formell in Gang gesetzte
61 Mitgliederbegehren unverzüglich per Briefpost zu in-
62 formieren. Dazu ist der Landesvorstand verpflichtet.

Antrag 86/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 85/II/2012 (K)

- 01 Erfolgt eine unverzügliche Information per Briefpost
02 nicht, so verlängert sich das Mitgliederbegehren um
03 den entsprechenden Zeitraum, bis eine direkte Mit-
04 gliederinformation auch tatsächlich erfolgt ist.
- 05 4. Sofern erforderlich – insbesondere wenn mehrere
06 Mitgliederbegehren in Gang gesetzt wurden –, setzt
07 der Landesvorstand aus Gründen der Verfahrenseffizi-
08 enz und der Kostenersparnis (Konzentration) einver-
09 nehmlich mindestens zwei verbindliche Termine pro
10 Jahr fest, an denen Mitgliederentscheide stattfinden
11 sollten.
- 12 5. Die Vorstände aller Gliederungen der Berliner SPD
13 werden verpflichtet, die Durchsetzung eines Mitglie-
14 derbegehrens aktiv zu unterstützen. Dies gilt insbe-
15 sondere bzgl. der Informierung der Mitglieder sowie
16 um die Zugänglichmachung der Unterschriftenlisten.

18 **Antrag 87/II/2012**

19 **Abt. 14 | Pankow**

20 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

22 **Mitgliederbefragung**

23 Es wird zwischen die §§ 14 und 15 des OrgStatuts folgender
24 § 14* eingefügt:

25
26 Mitgliederbefragung im Landesverband Berlin

- 27
- 28 (1) Mitgliederbefragungen können auf der Ebene des
29 Landesverbandes und auf Kreisebene im Vorfeld von
30 parteiinternen Vorstandswahlen und im Vorfeld der
31 Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten und
32 Spitzenkandidaturen für öffentliche Wahlen durchge-
33 führt werden, wenn es mehr als eine/n Kandida-
34 tin/Kandidaten gibt.
- 35 (2) Vor der Wahl der/des Landesvorsitzenden soll im
36 Landesverband eine Mitgliederbefragung durchgeführt
37 werden.
- 38 (3) Eine Mitgliederbefragung kann durch den zuständigen
39 Vorstand initiiert werden.
- 40 (4) Die Mitgliederbefragung findet ferner statt, wenn sie
41 a) binnen einer Frist von drei Monaten von 10 Prozent
42 der Mitglieder beantragt oder
43 b) vom zuständigen Parteitag (Landesparteitag, bzw.
44 Kreisdelegiertenversammlung) mit einfacher Mehrheit
45 beschlossen wird.
- 46 (5) Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung haben emp-
47 fehlenden Charakter gegenüber den Gliederungen der
48 Partei.
- 49 (6) Der Landesvorstand beschließt hierzu eine Verfahrens-
50 richtlinie.

52 **Wiedervorlage Antrag 02/I/2012**

53 **Abt. 1 | Pankow**

54 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

55
56 Die Berliner SPD spricht sich dafür aus, der Parteibasis bei
57 der Wahl der Landesvorsitzenden oder des Landesvorsit-
58 zenden ein stärkeres Mitspracherecht im Rahmen einer
59 Mitgliederbefragung einzuräumen.
60 Hierzu werden die ergänzenden statuarischen Bestimmun-
61 gen für den Landesverband Berlin gemäß § 37 * OrgStatut
62 (Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei

Antrag 87/II/2012

Erlедigt durch tätiges Handeln des Landesvorstandes (K)

Wiedervorlage Antrag 02/I/2012

Ablehnung (K)

01 Deutschlands) wie folgt geändert:

02

03 Es wird zwischen den §§ 13* und 14 der folgende § 13 a*
04 OrgStatut neu eingefügt:

05

06 Mitgliederbefragung im Landesverband Berlin

07

08 § 13 a*

- 09 (1) Durch regelmäßige Mitgliederbefragungen ist das
10 Recht der einzelnen Parteimitglieder, an der innerpar-
11 teilichen Willensbildung mitzuwirken, zu stärken.
- 12 (2) Mitgliederbefragungen können auf Ebene des Landes-
13 verbandes und auf Kreisebene stattfinden.
- 14 (3) Die Ergebnisse von Mitgliederbefragungen haben
15 empfehlenden Charakter gegenüber den Gliederungen
16 der Partei. Insbesondere dienen sie der Vorbereitung
17 von späteren Entscheidungen des Landesparteitags
18 oder der Kreisdelegiertenversammlung.
- 19 (4) Im Vorfeld einer Mitgliederbefragung soll den Partei-
20 mitgliedern Gelegenheit gegeben werden, sich auf
21 mitgliederoffenen Parteikonventen, insbesondere auf
22 Regionalkonferenzen, zum Befragungsgegenstand zu
23 äußern.
- 24 (5) Mitgliederbefragungen sollen regelmäßig durchge-
25 führt werden vor der Wahl einer Landesvorsitzenden
26 oder eines Landesvorsitzenden.
- 27 (6) Die Mitgliederbefragung ist eine Abstimmung per
28 Brief. Sie ist geheim.
- 29 (7) Der Landesvorstand erlässt Richtlinien über die Einzel-
30 heiten der Durchführung von Mitgliederbefragungen.

31

32 **Antrag 88/II/2012**

33 **Jusos Berlin**

34 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

35

36 **Ladies first**

37 Die SPD Berlin wird den ersten Listenplatz zur Bundestags-
38 wahl mit einer weiblichen Kandidatin besetzen. Das Reiß-
39 verschlussprinzip bleibt unberührt.

40

41 **Antrag 89/II/2012**

42 **Abt. 03 | Pankow**

43 **Der Landesparteitag möge beschließen**

44

45 **Beitragsrechnungen zentralisiert erstellen**

46 Mitglieder, die nicht am automatischen Beitragseinzug
47 teilnehmen, erhalten jährlich durch den Landesverband eine
48 Rechnung zum Ausgleich Ihrer Beiträge mit einem vorberei-
49 teten Überweisungsformular.

50 Die Rechnung wird im letzten Quartal des Jahres versandt,
51 sofern bis zum 1. September des Jahres keine Barzahlung in
52 der Abteilung erfolgt und gemeldet worden ist.

53 Der Landesverband übernimmt ferner das erste Mahn-
54 schreiben, falls nach sechs Wochen kein Zahlungseingang
55 feststellbar ist. Das zweite Mahnschreiben und die Feststel-
56 lung des Streichens einer Mitgliedschaft wegen Nichtzah-
57 lung der Beiträge übernimmt die Abteilung.

58

59

60

61

62

Antrag 88/II/2012

Erledigt durch Beschlusslage (K)

Antrag 89/II/2012

Überweisung an Landesvorstand (K)

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

01 **Antrag 90/II/2012**

02 **Abt. 5 | Pankow**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04

05 **Fest der Republik statt Deutschlandfest**

06 Die SPD Berlin tritt gegenüber der Bundespartei dafür ein,
07 dass das geplante sog. Deutschlandfest 2013 einen würde-
08 volleren und die Geschichte repräsentierenden Namen
09 erhält: Fest der Republik.

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

Antrag 90/II/2012

Überweisung an Parteivorstand (K)

RECHTSEXTREMISMUS

Antrag 91/II/2012

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

10 Punkte-Plan gegen Rechts

In den vergangenen Wochen und Monaten gab es zahlreiche Anschläge und Übergriffe gegen linke Strukturen in Berlin, viele davon gegen SPD, Jusos und Falken, kurzum: gegen die sozialdemokratische Familie. Wir haben diese Entwicklung entschieden und vernehmbar verurteilt, uns mit den Opfern solidarisch erklärt und praktische Hilfe geleistet. Es ist klar: Die Berliner Sozialdemokratie ist Teil einer breit aufgestellten Bewegung, die sich rechten Umtrieben in unserer Stadt und darüber hinaus entgegenstellt. Wir stehen solidarisch an der Seite derer, die das gemeinsam mit uns tun.

Doch als Partei, die in Land und Bezirken Verantwortung trägt, ist es auch unsere Pflicht diese Solidarität praktisch werden zu lassen. Vielerorts haben wir die Möglichkeit Rahmenbedingungen für Engagement gegen Rechts zu verbessern und die Sicherheit der Opfer zu erhöhen. Diese Chance wollen und werden wir nutzen, denn wir sind es den tausenden engagierten Berlinerinnen und Berlinern und uns selbst schuldig. Deshalb fordern wir unsere Fraktionen in Land und Bezirken, die Mitglieder der Bezirksämter und unsere Mitglieder im Senat mit dem folgenden Forderungskatalog auf, zehn wirksame Maßnahmen gegen rechte Gewalt und ihre Begleiterscheinungen zu ergreifen:

[1] Die Berliner Sicherheitsbehörden müssen endlich maximalen Ermittlungsdruck auf rechtsradikale Strukturen in Berlin, wie dies bereits gegen das Rocker-Milieu geschieht, aufbauen.

Von der Verkehrskontrolle, über Ausschankgenehmigungen für einschlägige Kneipen bis hin zum Waffenrecht: Alle Möglichkeiten Nazi-Strukturen aufzudecken, zu schwächen und lahmzulegen müssen ausgeschöpft werden.

[2] Die kriminelle Organisation „Nationaler Widerstand Berlin“ muss schnellstmöglich verboten werden.

Durch das Führen öffentlich zugänglicher „schwarzer Listen“ gibt diese engagierte Demokraten zum Abschuss frei, und fordert zu Angriffen gegen politische Gegner auf. Die Existenz solcher Gruppen zu dulden würde bedeuten, weitere Straftaten aus dem entsprechenden Milieu stillschweigend zu dulden. Ein Verbot wäre ein effektiver Schlag gegen die organisierte Kriminalität von Rechts und gleichzeitig ein entschiedenes Zeichen an diejenigen, die sich in Berlin antisozialistisch engagieren und zunehmend um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten müssen.

[3] Eine dezentrale und langfristige Ausstattung von Initiativen gegen Rechts muss gewährleistet werden, weil Engagement gegen Nazis Verlässlichkeit erfordert.

Nazis agieren lokal, deswegen muss die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements vor Ort angesiedelt sein. Der Dreiklang aus lokalen Aktionsplänen, Recherche und Bera-

Antrag 91/II/2012

Annahme in der Fassung der AK (K)

10 Punkte-Plan gegen Rechts

In den vergangenen Wochen und Monaten gab es zahlreiche Anschläge und Übergriffe gegen linke Strukturen in Berlin, viele davon gegen SPD, Jusos und Falken, kurzum: gegen die sozialdemokratische Familie. Wir haben diese Entwicklung entschieden und vernehmbar verurteilt, uns mit den Opfern solidarisch erklärt und praktische Hilfe geleistet. Es ist klar: Die Berliner Sozialdemokratie ist Teil einer breit aufgestellten Bewegung, die sich rechten Umtrieben in unserer Stadt und darüber hinaus entgegenstellt. Wir stehen solidarisch an der Seite derer, die das gemeinsam mit uns tun.

Doch als Partei, die in Land und Bezirken Verantwortung trägt, ist es auch unsere Pflicht diese Solidarität praktisch werden zu lassen. Vielerorts haben wir die Möglichkeit Rahmenbedingungen für Engagement gegen Rechts zu verbessern und die Sicherheit der Opfer zu erhöhen. Diese Chance wollen und werden wir nutzen, denn wir sind es den tausenden engagierten Berlinerinnen und Berlinern und uns selbst schuldig. Deshalb fordern wir unsere Fraktionen in Land und Bezirken, die Mitglieder der Bezirksämter und unsere Mitglieder im Senat mit dem folgenden Forderungskatalog auf, zehn wirksame Maßnahmen gegen rechte Gewalt und ihre Begleiterscheinungen zu ergreifen:

[1] Die Berliner Sicherheitsbehörden müssen endlich maximalen Ermittlungsdruck auf rechtsradikale Strukturen in Berlin, wie dies bereits gegen das Rocker-Milieu geschieht, aufbauen.

Von der Verkehrskontrolle, über Ausschankgenehmigungen für einschlägige Kneipen bis hin zum Waffenrecht: Alle Möglichkeiten Nazi-Strukturen aufzudecken, zu schwächen und lahmzulegen müssen ausgeschöpft werden.

[2] Die kriminelle Organisation „Nationaler Widerstand Berlin“ muss schnellstmöglich verboten werden.

Durch das Führen öffentlich zugänglicher „schwarzer Listen“ gibt diese engagierte Demokraten zum Abschuss frei, und fordert zu Angriffen gegen politische Gegner auf. Die Existenz solcher Gruppen zu dulden würde bedeuten, weitere Straftaten aus dem entsprechenden Milieu stillschweigend zu dulden. Ein Verbot wäre ein effektiver Schlag gegen die organisierte Kriminalität von Rechts und gleichzeitig ein entschiedenes Zeichen an diejenigen, die sich in Berlin antisozialistisch engagieren und zunehmend um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten müssen.

[3] Eine dezentrale und langfristige Ausstattung von Initiativen gegen Rechts muss gewährleistet werden, weil Engagement gegen Nazis Verlässlichkeit erfordert.

Nazis agieren lokal, deswegen muss die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements vor Ort angesiedelt sein. Der Dreiklang aus lokalen Aktionsplänen, Recherche und Bera-

01 tung muss von Land und Bezirken flächendeckend sicherge-
02 stellt werden. Notwendig ist daher eine zeitnahe Vernet-
03 zung von Land, Bezirken und den bestehenden Trägern von
04 Initiativen gegen Rechts in allen Berliner Bezirken, um den
05 jeweiligen lokalen Handlungsbedarf
06 passgenau bestimmen und nächste Schritte vereinbaren zu
07 können. Wo bezirksübergreifende Problemräume identifi-
08 ziert werden muss die Vernetzung auch bezirksübergreifend
09 gewährleistet sein.

10
11 **[4] Initiativen gegen Rechts, die aufgrund der sogenannten**
12 **„Extremismusklausel“ keine Förderung mehr vom Bund**
13 **erhalten, müssen durch das Land Berlin ersatzweise unter-**
14 **stützt werden.**

15 Wir lehnen die Extremismusklausel ab. Sie kriminalisiert
16 antifaschistisches Engagement, zerstört gewachsene Struk-
17 turen und lässt Opfer rechter Gewalt hilflos zurück. Um dies
18 zu verhindern fängt das Land Berlin bereits erfolgte Kürzun-
19 gen in den Förderprogrammen der Bundesregierung auf. Es
20 darf kein Ausschlusskriterium sein, wenn Träger die Extre-
21 mismusklausel aus politischen Gründen nicht unterzeichnen
22 wollen.

23
24 **[5] Opfer rechter Gewalt müssen uneingeschränkt ge-**
25 **schützt werden.**

26 Um sie vor rechten Straftaten zu schützen sind strenge
27 Opferschutzkriterien notwendig. Adressen und weitere
28 personalisierte Hinweise sind streng vertraulich zu behan-
29 deln. Es darf nicht sein, dass Betroffene aus Furcht vor den
30 Ermittlungsbehörden Straftaten nicht zur Anzeige bringen.

31
32 **[6] Straftaten von Rechts müssen berlinweit und unabhän-**
33 **gig dokumentiert werden.**

34 Viele Übergriffe und Propagandadelikte bleiben bislang
35 unerfasst. Um Strategien gegen Rechts zu entwickeln und
36 die Ermittlungsarbeit zu vereinfachen ist es jedoch dringend
37 notwendig, Zusammenhänge zu erkennen, zu analysieren
38 und lokale Schwerpunkte zu identifizieren. Diese Arbeit
39 können und sollen die Ermittlungsbehörden nicht alleine
40 erfüllen. Deshalb muss eine zentrale Registerstelle geschaf-
41 fen werden.

42
43 **[7] Überfällig sind Aus- und Weiterbildungs-Strategien für**
44 **die Berliner Polizei, die es jedem Beamten/ jeder Beamtin**
45 **ermöglichen, rechte Straftaten, als solche zu erkennen.**

46 Die Erfahrungen zeigen, dass dies bisher oft nicht der Fall
47 ist. Rechte Straftaten werden häufig bagatellisiert und in
48 einen unpolitischen Kontext gestellt. Opfer werden mit der
49 bestehenden Bedrohungssituation alleine gelassen und
50 weiteren Angriffen fahrlässig ausgesetzt. Veröffentlichte
51 Statistiken stellen die Problemlage deshalb zwangsläufig
52 massiv verzerrt dar und taugen in dieser Form nicht zur
53 Analyse bestehender Verhältnisse. Deshalb müssen in Zu-
54 sammenarbeit mit professionellen Beratungsstellen Aus-
55 und Weiterbildungsmaßnahmen entwickelt werden, die
56 dazu geeignet sind diese Missstände zu beheben.

57
58 **[8] Ermittlungsbehörden müssen auf allen Organisations-**
59 **ebenen feste Zuständigkeiten für rechte Strukturen und**
60 **Straftaten schaffen.**

61 Damit diese Straftaten von Rechts nicht innerhalb der Viel-
62 falt polizeilicher und staatsanwaltlicher Arbeit untergehen,

tung muss von Land und Bezirken flächendeckend sicherge-
stellt werden. Notwendig ist daher eine zeitnahe Vernet-
zung von Land, Bezirken und den bestehenden Trägern von
Initiativen gegen Rechts in allen Berliner Bezirken, um den
jeweiligen lokalen Handlungsbedarf
passgenau bestimmen und nächste Schritte vereinbaren zu
können. Wo bezirksübergreifende Problemräume identifi-
ziert werden muss die Vernetzung auch bezirksübergreifend
gewährleistet sein.

[4] Initiativen gegen Rechts, die aufgrund der sogenannten
„Extremismusklausel“ keine Förderung mehr vom Bund
erhalten, müssen durch das Land Berlin ersatzweise unter-
stützt werden.

Wir lehnen die Extremismusklausel ab. Sie kriminalisiert
antifaschistisches Engagement, zerstört gewachsene Struk-
turen und lässt Opfer rechter Gewalt hilflos zurück. Um dies
zu verhindern fängt das Land Berlin bereits erfolgte Kürzun-
gen in den Förderprogrammen der Bundesregierung auf. Es
darf kein Ausschlusskriterium sein, wenn Träger die Extre-
mismusklausel aus politischen Gründen nicht unterzeichnen
wollen.

[5] Opfer rechter Gewalt müssen uneingeschränkt ge-
schützt werden.

Um sie vor rechten Straftaten zu schützen sind strenge
Opferschutzkriterien notwendig. Adressen und weitere
personalisierte Hinweise sind streng vertraulich zu behan-
deln. Es darf nicht sein, dass Betroffene aus Furcht vor den
Ermittlungsbehörden Straftaten nicht zur Anzeige bringen.

[6] Straftaten von Rechts müssen berlinweit und unabhän-
gig dokumentiert werden.

Viele Übergriffe und Propagandadelikte bleiben bislang
unerfasst. Um Strategien gegen Rechts zu entwickeln und
die Ermittlungsarbeit zu vereinfachen ist es jedoch dringend
notwendig, Zusammenhänge zu erkennen, zu analysieren
und lokale Schwerpunkte zu identifizieren. Diese Arbeit
können und sollen die Ermittlungsbehörden nicht alleine
erfüllen. Deshalb muss eine zentrale Registerstelle geschaf-
fen werden.

[7] Überfällig sind Aus- und Weiterbildungs-Strategien für
die Berliner Polizei, die es jedem Beamten/ jeder Beamtin
ermöglichen, rechte Straftaten, als solche zu erkennen.

Die Erfahrungen zeigen, dass dies bisher oft nicht der Fall
ist. Rechte Straftaten werden häufig bagatellisiert und in
einen unpolitischen Kontext gestellt. Opfer werden mit der
bestehenden Bedrohungssituation alleine gelassen und
weiteren Angriffen fahrlässig ausgesetzt. Veröffentlichte
Statistiken stellen die Problemlage deshalb zwangsläufig
massiv verzerrt dar und taugen in dieser Form nicht zur
Analyse bestehender Verhältnisse. Deshalb müssen in Zu-
sammenarbeit mit professionellen Beratungsstellen Aus-
und Weiterbildungsmaßnahmen entwickelt werden, die
dazu geeignet sind diese Missstände zu beheben.

[8] Ermittlungsbehörden müssen auf allen Organisations-
ebenen feste Zuständigkeiten für rechte Strukturen und
Straftaten schaffen.

Damit diese Straftaten von Rechts nicht innerhalb der Viel-
falt polizeilicher und staatsanwaltlicher Arbeit untergehen,

01 braucht es eine stärkere Profilbildung. Rechte Straftaten
02 bedürfen besonderer Aufmerksamkeit und dürfen nicht in
03 einem Abwasch mit den vielfältigen anderen Delikten bear-
04 beitet werden. Deshalb müssen Polizeidirektionen und
05 Staatsanwaltschaften Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
06 bereithalten, die federführend mit rechten Straftaten be-
07 fasst sind.

08

09 **[9] Nazis sind konsequent von der Vergabe genehmigungs-**
10 **pflichtiger Waffen auszuschließen.**

11 Das Land Berlin muss eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel
12 initiieren, bei der sogenannten waffenrechtlichen Zuverläss-
13 sigkeitsprüfung einen rechtsradikalen politischen Kontext
14 zum unvermeidbaren KO-Kriterium zu machen.

15

16 **[10] Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen Rechts gehört**
17 **in die Hände der Zivilgesellschaft.**

18 Der Verfassungsschutz hat in Berliner Klassenzimmern und
19 Bildungseinrichtungen nichts zu suchen. Als Bestandteil
20 existierender Probleme mit dem rechtsradikalen Milieu hat
21 er sich für diese Aufgabe disqualifiziert. Öffentlichen Einrich-
22 tung sind deshalb Handreichungen zur Verfügung zu stellen,
23 in denen auf verlässliche zivilgesellschaftliche Partner ver-
24 wiesen wird, die die dringend benötigte Bildungsarbeit
25 kompetent leisten können.

26

27

28

29 **Antrag 92/II/2012**

30 **Jusos**

31 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

32

33 **10 Punkte-Plan gegen rechte Gewalt**

34

35 In den vergangenen Wochen und Monaten gab es zahlrei-
36 che Anschläge und Übergriffe gegen demokratische Struktu-
37 ren in Berlin, viele davon gegen SPD, Jusos und Falken,
38 kurzum: gegen die sozialdemokratische Familie. Wir haben
39 diese Entwicklung entschieden und vernehmbar verurteilt,
40 uns mit den Opfern solidarisch erklärt und praktische Hilfe
41 geleistet. Es ist klar: Die Berliner Sozialdemokratie ist Teil
42 einer breit aufgestellten Bewegung, die sich rechten Um-
43 trieben in unserer Stadt und darüber hinaus entgegenstellt.
44 Wir stehen solidarisch an der Seite derer, die das gemein-
45 sam mit uns tun.

46

47 Doch als Partei, die in Land und Bezirken Verantwortung
48 trägt, ist es auch unsere Pflicht diese Solidarität praktisch
49 werden zu lassen. Vielerorts haben wir die Möglichkeit
50 Rahmenbedingungen für Engagement gegen Rechts zu
51 verbessern und die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger,
52 insbesondere der Opfer zu erhöhen. Diese Chance wollen
53 und werden wir nutzen, denn wir sind es den tausenden
54 engagierten Berlinerinnen und Berlinern und uns selbst
55 schuldig. Deshalb fordern wir unsere Fraktionen in Land und
56 Bezirken, die Mitglieder der Bezirksämter und unsere Mit-
57 glieder im Senat mit dem folgenden Forderungskatalog auf,
58 zehn wirksame Maßnahmen gegen rechte Gewalt und ihre
59 Begleiterscheinungen zu ergreifen:

60

61 **[1] Die Berliner Sicherheitsbehörden müssen endlich ma-**
62 **ximalen Ermittlungsdruck auf rechte Strukturen in Berlin,**

braucht es eine stärkere Profilbildung. Rechte Straftaten
bedürfen besonderer Aufmerksamkeit und dürfen nicht in
einem Abwasch mit den vielfältigen anderen Delikten bear-
beitet werden. Deshalb müssen Polizeidirektionen und
Staatsanwaltschaften Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
bereithalten, die federführend mit rechten Straftaten be-
fasst sind.

[9] Nazis sind konsequent von der Vergabe genehmigungs-
pflichtiger Waffen auszuschließen.

Das Land Berlin muss eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel
initiieren, bei der sogenannten waffenrechtlichen Zuverläss-
sigkeitsprüfung einen rechtsradikalen politischen Kontext
zum unvermeidbaren KO-Kriterium zu machen.

[10] Die Persönlichkeitsrechte von Demokratinnen und
Demokraten sind zu schützen

Bei Kundgebungen und Demonstrationen kommt es immer
wieder dazu, dass einzelne Demonstrantinnen und De-
monstranten fotografiert werden und die Aufnahmen auf
sogenannten schwarzen Listen der Rechtsextremen auftau-
chen. Das kann so nicht akzeptiert werden. Daher soll die
Verletzung der Persönlichkeitsrechte konsequent geahndet
werden. Das Fotografieren von Gegendemonstranten bei
Nazidemos muss durch eine Auflage verboten werden. Die
Polizei muss bei Verstößen dafür Sorge tragen, das Fotos
unmittelbar gelöscht werden.

Antrag 92/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 91/II/2012 (K)

01 **wie dies bereits gegen das Rocker-Milieu geschieht, auf-**
02 **bauen.**

03 Von der Verkehrskontrolle, über Ausschankgenehmigungen
04 für einschlägige Kneipen bis hin zum Waffenrecht: Alle Mög-
05 lichkeiten Nazi-Strukturen aufzudecken, zu schwächen und
06 lahmzulegen müssen ausgeschöpft werden.

07

08 **[2] Die kriminelle Organisation „Nationaler Widerstand**
09 **Berlin“ muss schnellstmöglich verboten werden.**

10 Durch das Führen öffentlich zugänglicher „schwarzer Lis-
11 ten“ gibt diese engagierte Demokratinnen und Demokraten
12 zum Abschuss frei, und fordert zu Angriffen gegen politische
13 Gegnerinnen und Gegner auf. Die Existenz solcher Gruppen
14 zu dulden würde bedeuten, weitere Straftaten aus dem
15 entsprechenden Milieu stillschweigend zu dulden. Ein Ver-
16 bot wäre ein effektiver Schlag gegen die organisierte Krimi-
17 nalität von Rechts und gleichzeitig ein entschiedenes Zei-
18 chen an diejenigen, die sich in Berlin antifaschistisch enga-
19 gieren und zunehmend um ihre körperliche Unversehrtheit
20 fürchten müssen.

21

22 **[3] Eine dezentrale und langfristige Ausstattung von Initia-**
23 **tiven gegen Rechts muss gewährleistet werden, weil Enga-**
24 **gement gegen Nazis Verlässlichkeit erfordert.**

25 Nazis agieren lokal, deswegen muss die Förderung zivilge-
26 sellschaftlichen Engagements vor Ort angesiedelt sein. Der
27 Dreiklang aus lokalen Aktionsplänen, Recherche, Registerar-
28 beit und Beratung muss von Land und Bezirken flächende-
29 ckend sichergestellt werden. Notwendig ist daher eine zeit-
30 nahe Vernetzung von Land, Bezirken und den bestehenden
31 Trägern von Initiativen gegen Rechts in allen Berliner Bezir-
32 ken, um den jeweiligen lokalen Handlungsbedarf passgenau
33 bestimmen und nächste Schritte vereinbaren zu können.

34 Wo bezirksübergreifende Problemräume identifiziert wer-
35 den muss die Vernetzung auch bezirksübergreifend gewähr-
36 leistet sein.

37 Außerdem bedarf es einer kontinuierlichen Förderung der
38 demokratischen Kinder- und Jugendarbeit!

39

40 **[4] Initiativen gegen Rechts, die aufgrund der sogenannten**
41 **„Extremismusklausel“ keine Förderung mehr vom Bund**
42 **erhalten, müssen durch das Land Berlin ersatzweise unter-**
43 **stützt werden.**

44 Wir lehnen die Extremismusklausel ab. Sie kriminalisiert
45 antifaschistisches Engagement, zerstört gewachsene Struk-
46 turen und lässt Opfer rechter Gewalt hilflos zurück. Um dies
47 zu verhindern fängt das Land Berlin bereits Kürzungen in
48 den Förderprogrammen der Bundesregierung auf. Diese
49 Ersatzfinanzierung ist wichtig, muss jedoch auch für Träger
50 gewährleistet sein, die die Extremismusklausel aus politi-
51 schen Gründen nicht unterzeichnen wollen oder die bei der
52 entsprechenden Prüfung kriminalisiert und deshalb nicht
53 mehr gefördert werden.

54

55 **[5] Opfer rechter Gewalt müssen uneingeschränkt ge-**
56 **schützt werden.**

57 Um sie vor rechten Straftaten zu schützen sind strenge
58 Opferschutzkriterien notwendig. Adressen und weitere
59 personalisierte Hinweise sind streng vertraulich zu behan-
60 deln. Es darf nicht sein, dass Betroffene aus Furcht vor den
61 Ermittlungsbehörden Straftaten nicht zur Anzeige bringen.
62 Bei Kundgebungen und Demonstrationen kommt es immer

01 wieder dazu, dass einzelne Demonstrantinnen und De-
02 monstranten fotografiert werden und die Aufnahmen und
03 sogenannten schwarze Liste der Rechtsextremen auftau-
04 chen. Das kann so nicht akzeptiert werden- Daher soll die
05 Verletzung der Persönlichkeitsrechte konsequent geahndet
06 werden. Das Fotografieren von Gegendemonstrantinnen
07 und -demonstranten bei Nazidemos muss durch eine Aufla-
08 ge verboten werden. Die Polizei muss bei Verstößen dafür
09 Sorge tragen, dass Fotos unmittelbar gelöscht werden.
10

11 **[6] Straftaten von Rechts müssen berlinweit und unabhän-
12 gig dokumentiert werden.**

13 Viele Übergriffe und Propagandadelikte bleiben bislang
14 unerfasst. Um Strategien gegen Rechts zu entwickeln und
15 die Ermittlungsarbeit zu vereinfachen ist es jedoch dringend
16 notwendig, Zusammenhänge zu erkennen, zu analysieren
17 und lokale Schwerpunkte zu identifizieren. Diese Arbeit
18 können und sollen die Ermittlungsbehörden nicht alleine
19 erfüllen. Deshalb brauchen wir in jedem Bezirk dezentral
20 eine Registerstelle, die mit ausreichend Personal- und
21 Sachmitteln ausgestattet wird. Die Registerstellen müssen
22 zentral in einem Gesamtregister zusammengefügt werden.
23

24 **[7] Überfällig sind Aus- und Weiterbildungs-Strategien für
25 die Berliner Polizei, die es jedem Beamten/ jeder Beamtin
26 ermöglichen, rechte Straftaten, als solche zu erkennen.**

27 Die Erfahrungen zeigen, dass dies bisher oft nicht der Fall
28 ist. Rechte Straftaten werden häufig bagatellisiert und in
29 einen unpolitischen Kontext gestellt. Opfer werden mit der
30 bestehenden Bedrohungssituation alleine gelassen und
31 weiteren Angriffen fahrlässig ausgesetzt. Veröffentlichte
32 Statistiken stellen die Problemlage deshalb zwangsläufig
33 massiv verzerrt dar und taugen in dieser Form nicht zur
34 Analyse bestehender Verhältnisse. Deshalb muss das unzu-
35 reichende System, mit dem antisemitische, rassistische und
36 homophobe Taten erfasst werden, überarbeitet werden.
37 Insbesondere müssen in Zusammenarbeit mit professionel-
38 len Beratungsstellen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen
39 entwickelt werden, die dazu geeignet sind diese Missstände
40 zu beheben.
41

42 **[8] Ermittlungsbehörden müssen auf allen Organisations-
43 ebenen feste Zuständigkeiten für rechte Strukturen und
44 Straftaten schaffen.**

45 Damit diese Straftaten von Rechts nicht innerhalb der Viel-
46 falt polizeilicher und staatsanwaltlicher Arbeit untergehen,
47 braucht es eine stärkere Profilbildung. Rechte Straftaten
48 bedürfen besonderer Aufmerksamkeit und dürfen nicht in
49 einem Abwasch mit den vielfältigen anderen Delikten bear-
50 beitet werden. Deshalb müssen Polizeidirektionen und
51 Staatsanwaltschaften Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
52 bereithalten, die federführend mit rechten Straftaten be-
53 fasst sind.
54

55 **[9] Nazis sind konsequent von der Vergabe genehmigungs-
56 pflichtiger Waffen auszuschließen.**

57 Das Land Berlin muss eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel
58 initiieren, bei der sogenannten waffenrechtlichen Zuverläs-
59 sigkeitsprüfung einen rechten politischen Kontext zum un-
60 vermeidbaren KO-Kriterium zu machen.
61

62 **[10] Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen Rechts gehört**

01 **in die Hände der Zivilgesellschaft.**

02 Der Verfassungsschutz hat in Berliner Klassenzimmern und
03 Bildungseinrichtungen nichts zu suchen. Als Bestandteil
04 existierender Probleme mit dem rechten Milieu hat er sich
05 für diese Aufgabe disqualifiziert. Er widerspricht den Leitli-
06 nien politischer Bildungsarbeit und würde so unserer De-
07 mokratie schaden. Politische Bildung muss kompetenzorien-
08 tiert und kritisch erfolgen. Öffentlichen Einrichtungen sind
09 deshalb Handreichungen zur Verfügung zu stellen, in denen
10 auf verlässliche zivilgesellschaftliche Partner verwiesen
11 wird, die die dringend benötigte Bildungsarbeit kompetent
12 leisten können.

13

14 **Antrag 93/II/2012**

15 **KDV Lichtenberg**

16 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

17

18 **11 Punkte-Plan gegen rechte Gewalt**

19 In den vergangenen Wochen und Monaten gab es zahlrei-
20 che Anschläge und Übergriffe gegen linke Strukturen in
21 Berlin, viele davon gegen SPD, Jusos und Falken, kurzum:
22 gegen die sozialdemokratische Familie. Wir haben diese
23 Entwicklung entschieden und vernehmbar verurteilt, uns
24 mit den Opfern solidarisch erklärt und praktische Hilfe ge-
25 leistet. Es ist klar: Die Berliner Sozialdemokratie ist Teil einer
26 breit aufgestellten Bewegung, die sich rechten Umtrieben in
27 unserer Stadt und darüber hinaus entgegenstellt. Wir ste-
28 hen solidarisch an der Seite derer, die das gemeinsam mit
29 uns tun.

30

31 Doch als Partei, die in Land und Bezirken Verantwortung
32 trägt, ist es auch unsere Pflicht diese Solidarität praktisch
33 werden zu lassen. Vielerorts haben wir die Möglichkeit
34 Rahmenbedingungen für Engagement gegen Rechts zu
35 verbessern und die Sicherheit der Opfer zu erhöhen. Diese
36 Chance wollen und werden wir nutzen, denn wir sind es den
37 tausenden engagierten Berlinerinnen und Berlinern und uns
38 selbst schuldig. Deshalb fordern wir unsere Fraktionen in
39 Land und Bezirken, die Mitglieder der Bezirksämter und
40 unsere Mitglieder im Senat mit dem folgenden Forderungs-
41 katalog auf, zehn wirksame Maßnahmen gegen rechte Ge-
42 walt und ihre Begleiterscheinungen zu ergreifen:

43

44 **[1] Die Berliner Sicherheitsbehörden müssen endlich ma-
45 ximalen Ermittlungsdruck auf rechtsradikale Strukturen in
46 Berlin, wie dies bereits gegen das Rocker-Milieu geschieht,
47 aufbauen.**

48 Von der Verkehrskontrolle, über Ausschankgenehmigungen
49 für einschlägige Kneipen bis hin zum Waffenrecht: Alle Mög-
50 lichkeiten Nazi-Strukturen aufzudecken, zu schwächen und
51 lahmzulegen müssen ausgeschöpft werden.

52

53 **[2] Die kriminelle Organisation „Nationaler Widerstand
54 Berlin“ muss schnellstmöglich verboten werden.**

55 Durch das Führen öffentlich zugänglicher „schwarzer Lis-
56 ten“ gibt diese engagierte Demokraten zum Abschuss frei,
57 und fordert zu Angriffen gegen politische Gegner auf. Die
58 Existenz solcher Gruppen zu dulden würde bedeuten, weite-
59 re Straftaten aus dem entsprechenden Milieu stillschwei-
60 gend zu dulden. Ein Verbot wäre ein effektiver Schlag gegen
61 die organisierte Kriminalität von Rechts und gleichzeitig ein
62 entschiedenes Zeichen an diejenigen, die sich in Berlin anti-

Antrag 93/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 91/II/2012 (K)

01 faschistisch engagieren und zunehmend um ihre körperliche
02 Unversehrtheit fürchten müssen.

03

04 **[3] Eine dezentrale und langfristige Ausstattung von Initia-**
05 **tiven gegen Rechts muss gewährleistet werden, weil Enga-**
06 **gement gegen Nazis Verlässlichkeit erfordert.**

07 Nazis agieren lokal, deswegen muss die Förderung zivilge-
08 sellschaftlichen Engagements vor Ort angesiedelt sein. Der
09 Dreiklang aus lokalen Aktionsplänen, Recherche und Bera-
10 tung muss von Land und Bezirken flächendeckend sicherge-
11 stellt werden. Notwendig ist daher eine zeitnahe Vernet-
12 zung von Land, Bezirken und den bestehenden Trägern von
13 Initiativen gegen Rechts in allen Berliner Bezirken, um den
14 jeweiligen lokalen Handlungsbedarf passgenau bestimmen
15 und nächste Schritte vereinbaren zu können. Wo bezirks-
16 übergreifende Problemräume identifiziert werden muss die
17 Vernetzung auch bezirksübergreifend gewährleistet sein.

18

19 **[4] Initiativen gegen Rechts, die aufgrund der sogenannten**
20 **„Extremismusklausel“ keine Förderung mehr vom Bund**
21 **erhalten, müssen durch das Land Berlin ersatzweise unter-**
22 **stützt werden.**

23 Wir lehnen die Extremismusklausel ab. Sie kriminalisiert
24 antifaschistisches Engagement, zerstört gewachsene Struk-
25 turen und lässt Opfer rechter Gewalt hilflos zurück. Um dies
26 zu verhindern fängt das Land Berlin bereits Kürzungen in
27 den Förderprogrammen der Bundesregierung auf. Diese
28 Ersatzfinanzierung ist wichtig, muss jedoch auch für Träger
29 gewährleistet sein, die die Extremismusklausel aus politi-
30 schen Gründen nicht unterzeichnen wollen oder die bei der
31 entsprechenden Prüfung kriminalisiert und deshalb nicht
32 mehr gefördert werden.

33

34 **[5] Opfer rechter Gewalt müssen uneingeschränkt ge-**
35 **schützt werden.**

36 Um sie vor rechten Straftaten zu schützen sind strenge
37 Opferschutzkriterien notwendig. Adressen und weitere
38 personalisierte Hinweise sind streng vertraulich zu behan-
39 deln. Es darf nicht sein, dass Betroffene aus Furcht vor den
40 Ermittlungsbehörden Straftaten nicht zur Anzeige bringen.

41

42 **[6] Die Persönlichkeitsrechte von Demokratinnen und**
43 **Demokraten sind zu schützen**

44 Bei Kundgebungen und Demonstrationen kommt es immer
45 wieder dazu, dass einzelne Demonstrantinnen und De-
46 monstranten fotografiert werden und die Aufnahmen auf
47 sogenannten schwarzen Listen der Rechtsextremen auftau-
48 chen. Das kann so nicht akzeptiert werden. Daher soll die
49 Verletzung der Persönlichkeitsrechte konsequent geahndet
50 werden. Das Fotografieren von Gegendemonstranten bei
51 Nazidemos muss durch eine Auflage verboten werden. Die
52 Polizei muss bei Verstößen dafür Sorge tragen, dass Fotos
53 unmittelbar gelöscht werden.

54

55 **[7] Straftaten von Rechts müssen berlinweit und unabhän-**
56 **gig dokumentiert werden.**

57 Viele Übergriffe und Propagandadelikte bleiben bislang
58 unerfasst. Um Strategien gegen Rechts zu entwickeln und
59 die Ermittlungsarbeit zu vereinfachen ist es jedoch dringend
60 notwendig, Zusammenhänge zu erkennen, zu analysieren
61 und lokale Schwerpunkte zu identifizieren. Diese Arbeit
62 können und sollen die Ermittlungsbehörden nicht alleine

01 erfüllen. Deshalb muss eine zentrale Registerstelle geschaf-
02 fen werden.

03

04 **[8] Überfällig sind Aus- und Weiterbildungs-Strategien für**
05 **die Berliner Polizei, die es jedem Beamten/ jeder Beamtin**
06 **ermöglichen, rechte Straftaten, als solche zu erkennen.**

07 Die Erfahrungen zeigen, dass dies bisher oft nicht der Fall
08 ist. Rechte Straftaten werden häufig bagatellisiert und in
09 einen unpolitischen Kontext gestellt. Opfer werden mit der
10 bestehenden Bedrohungssituation alleine gelassen und
11 weiteren Angriffen fahrlässig ausgesetzt. Veröffentlichte
12 Statistiken stellen die Problemlage deshalb zwangsläufig
13 massiv verzerrt dar und taugen in dieser Form nicht zur
14 Analyse bestehender Verhältnisse. Deshalb müssen in Zu-
15 sammenarbeit mit professionellen Beratungsstellen Aus-
16 und Weiterbildungsmaßnahmen entwickelt werden, die
17 dazu geeignet sind diese Missstände zu beheben.

18

19 **[9] Ermittlungsbehörden müssen auf allen Organisations-**
20 **ebenen feste Zuständigkeiten für rechte Strukturen und**
21 **Straftaten schaffen.**

22 Damit diese Straftaten von Rechts nicht innerhalb der Viel-
23 falt polizeilicher und staatsanwaltlicher Arbeit untergehen,
24 braucht es eine stärkere Profilbildung. Rechte Straftaten
25 bedürfen besonderer Aufmerksamkeit und dürfen nicht in
26 einem Abwasch mit den vielfältigen anderen Delikten bear-
27 beitet werden. Deshalb müssen Polizeidirektionen und
28 Staatsanwaltschaften Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
29 bereithalten, die federführend mit rechten Straftaten be-
30 fasst sind.

31

32 **[10] Nazis sind konsequent von der Vergabe genehmi-**
33 **gungspflichtiger Waffen auszuschließen.**

34 Das Land Berlin muss eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel
35 initiieren, bei der sogenannten waffenrechtlichen Zuverlässig-
36 keitsprüfung einen rechtsradikalen politischen Kontext
37 zum unvermeidbaren KO-Kriterium zu machen.

38

39 **[11] Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen Rechts gehört**
40 **in die Hände der Zivilgesellschaft.**

41 Der Verfassungsschutz hat in Berliner Klassenzimmern und
42 Bildungseinrichtungen nichts zu suchen. Als Bestandteil
43 existierender Probleme mit dem rechtsradikalen Milieu hat
44 er sich für diese Aufgabe disqualifiziert. Öffentlichen Einrich-
45 tung sind deshalb Handreichungen zur Verfügung zu stellen,
46 in denen auf verlässliche zivilgesellschaftliche Partner ver-
47 wiesen wird, die die dringend benötigte Bildungsarbeit
48 kompetent leisten können.

49

50 **Antrag 94/II/2012**

51 **KDV Tempelhof-Schöneberg**

52 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

53

54 **10 Punkte-Plan gegen rechte Gewalt**

55

56 In den vergangenen Wochen und Monaten gab es zahlrei-
57 che Anschläge und Übergriffe gegen linke Strukturen in
58 Berlin, viele davon gegen SPD, Jusos und Falken, kurzum:
59 gegen die sozialdemokratische Familie. Wir haben diese
60 Entwicklung entschieden und vernehmbar verurteilt, uns
61 mit den Opfern solidarisch erklärt und praktische Hilfe ge-
62 leistet. Es ist klar: Die Berliner Sozialdemokratie ist Teil einer

Antrag 94/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 91/II/2012 (K)

01 breit aufgestellten Bewegung, die sich rechten Umtrieben in
02 unserer Stadt und darüber hinaus entgegenstellt. Wir ste-
03 hen solidarisch an der Seite derer, die das gemeinsam mit
04 uns tun.

05

06 Doch als Partei, die in Land und Bezirken Verantwortung
07 trägt, ist es auch unsere Pflicht diese Solidarität praktisch
08 werden zu lassen. Vielerorts haben wir die Möglichkeit
09 Rahmenbedingungen für Engagement gegen Rechts zu
10 verbessern und die Sicherheit der Opfer zu erhöhen. Diese
11 Chance wollen und werden wir nutzen, denn wir sind es den
12 tausenden engagierten Berlinerinnen und Berlinern und uns
13 selbst schuldig. Deshalb fordern wir unsere Fraktionen in
14 Land und Bezirken, die Mitglieder der Bezirksämter und
15 unsere Mitglieder im Senat mit dem folgenden Forderungs-
16 katalog auf, zehn wirksame Maßnahmen gegen rechte Ge-
17 walt und ihre Begleiterscheinungen zu ergreifen:

18

19 **[1] Die Berliner Sicherheitsbehörden müssen endlich ma-**
20 **ximalen Ermittlungsdruck auf rechtsradikale Strukturen in**
21 **Berlin, wie dies bereits gegen das Rocker-Milieu geschieht,**
22 **aufbauen.**

23 Von der Verkehrskontrolle, über Ausschankgenehmigungen
24 für einschlägige Kneipen bis hin zum Waffenrecht: Alle Mög-
25 lichkeiten Nazi-Strukturen aufzudecken, zu schwächen und
26 lahmzulegen müssen ausgeschöpft werden.

27

28 **[2] Die kriminelle Organisation „Nationaler Widerstand**
29 **Berlin“ muss schnellstmöglich verboten werden.**

30 Durch das Führen öffentlich zugänglicher „schwarzer Lis-
31 ten“ gibt diese engagierte Demokraten zum Abschuss frei,
32 und fordert zu Angriffen gegen politische Gegner auf. Die
33 Existenz solcher Gruppen zu dulden würde bedeuten, weite-
34 re Straftaten aus dem entsprechenden Milieu stillschwei-
35 gend zu dulden. Ein Verbot wäre ein effektiver Schlag gegen
36 die organisierte Kriminalität von Rechts und gleichzeitig ein
37 entschiedenes Zeichen an diejenigen, die sich in Berlin anti-
38 faschistisch engagieren und zunehmend um ihre körperliche
39 Unversehrtheit fürchten müssen.

40

41 **[3] Eine dezentrale und langfristige Ausstattung von Initia-**
42 **tiven gegen Rechts muss gewährleistet werden, weil Enga-**
43 **gement gegen Nazis Verlässlichkeit erfordert.**

44 Nazis agieren lokal, deswegen muss die Förderung zivilge-
45 sellschaftlichen Engagements vor Ort angesiedelt sein. Der
46 Dreiklang aus lokalen Aktionsplänen, Recherche und Bera-
47 tung muss von Land und Bezirken flächendeckend sicherge-
48 stellt werden. Notwendig ist daher eine zeitnahe Vernet-
49 zung von Land, Bezirken und den bestehenden Trägern von
50 Initiativen gegen Rechts in allen Berliner Bezirken, um den
51 jeweiligen lokalen Handlungsbedarf passgenau bestimmen
52 und nächste Schritte vereinbaren zu können. Wo bezirks-
53 übergreifende Problemräume identifiziert werden muss die
54 Vernetzung auch bezirksübergreifend gewährleistet sein.

55

56 **[4] Initiativen gegen Rechts, die aufgrund der sogenannten**
57 **„Extremismusklausel“ keine Förderung mehr vom Bund**
58 **erhalten, müssen durch das Land Berlin ersatzweise unter-**
59 **stützt werden.**

60 Wir lehnen die Extremismusklausel ab. Sie kriminalisiert
61 antifaschistisches Engagement, zerstört gewachsene Struk-
62 turen und lässt Opfer rechter Gewalt hilflos zurück. Um dies

01 zu verhindern fängt das Land Berlin bereits Kürzungen in
02 den Förderprogrammen der Bundesregierung auf. Diese
03 Ersatzfinanzierung ist wichtig, muss jedoch auch für Träger
04 gewährleistet sein, die die Extremismusklausel aus politi-
05 schen Gründen nicht unterzeichnen wollen oder die bei der
06 entsprechenden Prüfung kriminalisiert und deshalb nicht
07 mehr gefördert werden.

08

09 **[5] Opfer rechter Gewalt müssen uneingeschränkt ge-
10 schützt werden.**

11 Um sie vor rechten Straftaten zu schützen sind strenge
12 Opferschutzkriterien notwendig. Adressen und weitere
13 personalisierte Hinweise sind streng vertraulich zu behan-
14 deln. Es darf nicht sein, dass Betroffene aus Furcht vor den
15 Ermittlungsbehörden Straftaten nicht zur Anzeige bringen.

16

17 **[6] Straftaten von Rechts müssen berlinweit und unabhän-
18 gig dokumentiert werden.**

19 Viele Übergriffe und Propagandadelikte bleiben bislang
20 unerfasst. Um Strategien gegen Rechts zu entwickeln und
21 die Ermittlungsarbeit zu vereinfachen ist es jedoch dringend
22 notwendig, Zusammenhänge zu erkennen, zu analysieren
23 und lokale Schwerpunkte zu identifizieren. Diese Arbeit
24 können und sollen die Ermittlungsbehörden nicht alleine
25 erfüllen. Deshalb muss eine zentrale Registerstelle geschaf-
26 fen werden.

27

28 **[7] Überfällig sind Aus- und Weiterbildungs-Strategien für
29 die Berliner Polizei, die es jedem Beamten/ jeder Beamtin
30 ermöglichen, rechte Straftaten, als solche zu erkennen.**

31 Die Erfahrungen zeigen, dass dies bisher oft nicht der Fall
32 ist. Rechte Straftaten werden häufig bagatellisiert und in
33 einen unpolitischen Kontext gestellt. Opfer werden mit der
34 bestehenden Bedrohungssituation alleine gelassen und
35 weiteren Angriffen fahrlässig ausgesetzt. Veröffentlichte
36 Statistiken stellen die Problemlage deshalb zwangsläufig
37 massiv verzerrt dar und taugen in dieser Form nicht zur
38 Analyse bestehender Verhältnisse. Deshalb müssen in Zu-
39 sammenarbeit mit professionellen Beratungsstellen Aus-
40 und Weiterbildungsmaßnahmen entwickelt werden, die
41 dazu geeignet sind diese Missstände zu beheben.

42

43 **[8] Ermittlungsbehörden müssen auf allen Organisations-
44 ebenen feste Zuständigkeiten für rechte Strukturen und
45 Straftaten schaffen.**

46 Damit diese Straftaten von Rechts nicht innerhalb der Viel-
47 falt polizeilicher und staatsanwaltlicher Arbeit untergehen,
48 braucht es eine stärkere Profilbildung. Rechte Straftaten
49 bedürfen besonderer Aufmerksamkeit und dürfen nicht in
50 einem Abwasch mit den vielfältigen anderen Delikten bear-
51 beitet werden. Deshalb müssen Polizeidirektionen und
52 Staatsanwaltschaften Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
53 bereithalten, die federführend mit rechten Straftaten be-
54 fasst sind.

55

56 **[9] Nazis sind konsequent von der Vergabe genehmigungs-
57 pflichtiger Waffen auszuschließen.**

58 Das Land Berlin muss eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel
59 initiieren, bei der sogenannten waffenrechtlichen Zuverläs-
60 sigkeitsprüfung einen rechtsradikalen politischen Kontext
61 zum unvermeidbaren KO-Kriterium zu machen.

62

01 **[10] Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen Rechts gehört**
02 **in die Hände der Zivilgesellschaft.**

03 Der Verfassungsschutz hat in Berliner Klassenzimmern und
04 Bildungseinrichtungen nichts zu suchen. Als Bestandteil
05 existierender Probleme mit dem rechtsradikalen Milieu hat
06 er sich für diese Aufgabe disqualifiziert. Öffentlichen Einrich-
07 tung sind deshalb Handreichungen zur Verfügung zu stellen,
08 in denen auf verlässliche zivilgesellschaftliche Partner ver-
09 wiesen wird, die die dringend benötigte Bildungsarbeit
10 kompetent leisten können.

11

12 **Antrag 95/II/2012**

13 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

14 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

15

16 **10 Punkte-Plan gegen Rechts**

17 In den vergangenen Wochen und Monaten gab es zahlrei-
18 che Anschläge und Übergriffe gegen linke Strukturen in
19 Berlin, viele davon gegen SPD, Jusos und Falken, kurzum:
20 gegen die sozialdemokratische Familie. Wir haben diese
21 Entwicklung entschieden und vernehmbar verurteilt, uns
22 mit den Opfern solidarisch erklärt und praktische Hilfe ge-
23 leistet. Es ist klar: Die Berliner Sozialdemokratie ist Teil einer
24 breit aufgestellten Bewegung, die sich rechten Umtrieben in
25 unserer Stadt und darüber hinaus entgegenstellt. Wir ste-
26 hen solidarisch an der Seite derer, die das gemeinsam mit
27 uns tun.

28 Doch als Partei, die in Land und Bezirken Verantwortung
29 trägt, ist es auch unsere Pflicht diese Solidarität praktisch
30 werden zu lassen. Vielerorts haben wir die Möglichkeit
31 Rahmenbedingungen für Engagement gegen Rechts zu
32 verbessern und die Sicherheit der Opfer zu erhöhen. Diese
33 Chance wollen und werden wir nutzen, denn wir sind es den
34 tausenden engagierten Berlinerinnen und Berlinern und uns
35 selbst schuldig. Deshalb fordern wir unsere Fraktionen in
36 Land und Bezirken, die Mitglieder der Bezirksämter und
37 unsere Mitglieder im Senat mit dem folgenden Forderungs-
38 katalog auf, zehn wirksame Maßnahmen gegen rechte Ge-
39 walt und ihre Begleiterscheinungen zu ergreifen:

40

41 **[1] Die Berliner Sicherheitsbehörden müssen endlich ma-**
42 **ximalen Ermittlungsdruck auf rechtsradikale Strukturen in**
43 **Berlin, wie dies bereits gegen das Rocker-Milieu geschieht,**
44 **aufbauen.**

45 Von der Verkehrskontrolle, über Ausschankgenehmigungen
46 für einschlägige Kneipen bis hin zum Waffenrecht: Alle Mög-
47 lichkeiten Nazi-Strukturen aufzudecken, zu schwächen und
48 lahmzulegen müssen ausgeschöpft werden.

49

50 **[2] Die kriminelle Organisation „Nationaler Widerstand**
51 **Berlin“ muss schnellstmöglich verboten werden.**

52 Durch das Führen öffentlich zugänglicher „schwarzer Lis-
53 ten“ gibt diese engagierte Demokraten zum Abschuss frei,
54 und fordert zu Angriffen gegen politische Gegner auf. Die
55 Existenz solcher Gruppen zu dulden würde bedeuten, weite-
56 re Straftaten aus dem entsprechenden Milieu stillschwei-
57 gend zu dulden. Ein Verbot wäre ein effektiver Schlag gegen
58 die organisierte Kriminalität von Rechts und gleichzeitig ein
59 entschiedenes Zeichen an diejenigen, die sich in Berlin anti-
60 faschistisch engagieren und zunehmend um ihre körperliche
61 Unversehrtheit fürchten müssen.

62

Antrag 95/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 91/II/2012 (K)

01 **[3] Eine dezentrale und langfristige Ausstattung von Initia-**
02 **tiven gegen Rechts muss gewährleistet werden, weil Enga-**
03 **gement gegen Nazis Verlässlichkeit erfordert.**

04 Nazis agieren lokal, deswegen muss die Förderung zivilge-
05 sellschaftlichen Engagements vor Ort angesiedelt sein. Der
06 Dreiklang aus lokalen Aktionsplänen, Recherche und Bera-
07 tung muss von Land und Bezirken flächendeckend sicherge-
08 stellt werden. Notwendig ist daher eine zeitnahe Vernet-
09 zung von Land, Bezirken und den bestehenden Trägern von
10 Initiativen gegen Rechts in allen Berliner Bezirken, um den
11 jeweiligen lokalen Handlungsbedarf passgenau bestimmen
12 und nächste Schritte vereinbaren zu können. Wo bezirks-
13 übergreifende Problemräume identifiziert werden muss die
14 Vernetzung auch bezirksübergreifend gewährleistet sein.
15

16 **[4] In Berlin tätige Initiativen gegen Rechts, die aufgrund**
17 **der sogenannten ‚Extremismusklausel‘ keine Förderung**
18 **mehr vom Bund erhalten, müssen durch das Land Berlin**
19 **ersatzweise unterstützt werden.**

20 Wir lehnen die Extremismusklausel ab. Sie kriminalisiert
21 antifaschistisches Engagement, zerstört gewachsene Struk-
22 turen und lässt Opfer rechter Gewalt hilflos zurück. Um dies
23 zu verhindern fängt das Land Berlin bereits Kürzungen in
24 den Förderprogrammen der Bundesregierung auf. Diese
25 Ersatzfinanzierung ist wichtig, muss jedoch auch für Träger
26 gewährleistet sein, die die Extremismusklausel aus politi-
27 schen Gründen nicht unterzeichnen wollen oder die bei der
28 entsprechenden Prüfung kriminalisiert und deshalb nicht
29 mehr gefördert werden.
30

31 **[5] Opfer rechter Gewalt müssen uneingeschränkt ge-**
32 **schützt werden.**

33 Um sie vor rechten Straftaten zu schützen sind strenge
34 Opferschutzkriterien notwendig. Adressen und weitere
35 personalisierte Hinweise sind streng vertraulich zu behan-
36 deln. Es darf nicht sein, dass Betroffene aus Furcht vor den
37 Ermittlungsbehörden Straftaten nicht zur Anzeige bringen.
38

39 **[6] Straftaten von Rechts müssen berlinweit und unabhän-**
40 **gig dokumentiert werden.**

41 Viele Übergriffe und Propagandadelikte bleiben bislang
42 unerfasst. Um Strategien gegen Rechts zu entwickeln und
43 die Ermittlungsarbeit zu vereinfachen ist es jedoch dringend
44 notwendig, Zusammenhänge zu erkennen, zu analysieren
45 und lokale Schwerpunkte zu identifizieren. Diese Arbeit
46 können und sollen die Ermittlungsbehörden nicht alleine
47 erfüllen. Deshalb muss eine zentrale Registerstelle geschaf-
48 fen werden.
49

50 **[7] Überfällig sind Aus- und Weiterbildungs-Strategien für**
51 **die Berliner Polizei, die es jedem Beamten/ jeder Beamtin**
52 **ermöglichen, rechte Straftaten als solche zu erkennen.**

53 Die Erfahrungen zeigen, dass dies bisher oft nicht der Fall
54 ist. Rechte Straftaten werden häufig bagatellisiert und in
55 einen unpolitischen Kontext gestellt. Opfer werden mit der
56 bestehenden Bedrohungssituation alleine gelassen und
57 weiteren Angriffen fahrlässig ausgesetzt. Veröffentlichte
58 Statistiken stellen die Problemlage deshalb zwangsläufig
59 massiv verzerrt dar und taugen in dieser Form nicht zur
60 Analyse bestehender Verhältnisse. Deshalb müssen in Zu-
61 sammenarbeit mit professionellen Beratungsstellen Aus-
62 und Weiterbildungsmaßnahmen entwickelt werden, die

01 dazu geeignet sind diese Missstände zu beheben.

02

03 **[8] Ermittlungsbehörden müssen auf allen Organisations-**
04 **ebenen feste Zuständigkeiten für rechte Strukturen und**
05 **Straftaten schaffen.**

06 Damit diese Straftaten von Rechts nicht innerhalb der Viel-
07 falt polizeilicher und staatsanwaltlicher Arbeit untergehen,
08 braucht es eine stärkere Profilbildung. Rechte Straftaten
09 bedürfen besonderer Aufmerksamkeit und dürfen nicht in
10 einem Abwasch mit den vielfältigen anderen Delikten bear-
11 beitet werden. Deshalb müssen Polizeidirektionen und
12 Staatsanwaltschaften Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
13 bereithalten, die federführend mit rechten Straftaten be-
14 fasst sind.

15

16 **[9] Nazis sind konsequent von der Vergabe genehmigungs-**
17 **pflichtiger Waffen auszuschließen.**

18 Das Land Berlin muss eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel
19 initiieren, bei der sogenannten waffenrechtlichen Zuverlässig-
20 keitsprüfung einen rechtsradikalen politischen Kontext
21 zum unvermeidbaren KO-Kriterium zu machen.

22

23 **[10] Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen Rechts gehört**
24 **in die Hände der Zivilgesellschaft.**

25 Der Verfassungsschutz hat in Berliner Klassenzimmern und
26 Bildungseinrichtungen nichts zu suchen. Als Bestandteil
27 existierender Probleme mit dem rechtsradikalen Milieu hat
28 er sich für diese Aufgabe disqualifiziert. Öffentlichen Einrich-
29 tung sind deshalb Handreichungen zur Verfügung zu stellen,
30 in denen auf verlässliche zivilgesellschaftliche Partner ver-
31 wiesen wird, die die dringend benötigte Bildungsarbeit
32 kompetent leisten können.

33

34 **Antrag 96/II/2012**

35 **Jusos Berlin**

36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

37

38 **Rassismus und Sozialchauvinismus Hand in Hand in der**
39 **Krise – Rechtspopulismus bekämpfen!**

40 **In der Krise: Rechtspopulismus in Europa**

41 **Ressentiments in der Krise stark**

42 In ganz Europa formieren sich Rechtspopulist_innen aller
43 Art. Rassismus, Nationalismus und Sozialchauvinismus be-
44 finden sich im Aufwind. Gerade in der Zeit einer massiven
45 kapitalistischen Krise können Rechtspopulist_innen an sol-
46 che Ressentiments und an nationalistisches Konkurrenzden-
47 ken anknüpfen, um ihre eigene Propaganda zu verbreiten.
48 So ist in der Bundesrepublik Deutschland zurzeit verbreitet,
49 südeuropäische Länder als „faule Südländer“ abzuwerten
50 und „sich selbst“ als vermeintlich fleißiger aufzuwerten. Die
51 komplexen wirtschaftlichen Zusammenhänge werden rigoro-
52 s ausgeblendet. Stattdessen werden Feindbilder aufge-
53 baut. Unterschiedlichste Menschen werden zu Gruppen
54 erklärt, die als „Sündenböcke“ stigmatisiert werden. In
55 Südosteuropa – aber auch in allen anderen Regionen – sind
56 es vor allem die die Sinti_ze und Rom_nia, die teilweise
57 systematisch verfolgt werden. Längst gab es Pogrome. In
58 Ungarn beispielsweise wird Antisemitismus öffentlich aus-
59 gelebt. Besonders stark sind in ganz Europa Muslim_as
60 betroffen. Gegen sie wird das Bild eines „christlichen
61 Abendlands“ aus homogenen Nationalstaaten entworfen.
62 Organisationen wie die „English Defence League“ oder die

Antrag 96/II/2012

Überweisung an PG Rechtsextremismus (K)

01 „Bürgerbewegung Pax Europa“ und Einzelpersonen wie
02 Patrik Brinkmann sind europaweit aktiv und bauen ein
03 wachsendes Netzwerk auf.

04

05 **Die Gefahr eines muslimischen Feindbilds**

06 Sie konstruieren eine Bedrohung Europas durch den Islam.
07 In der alten Tradition des Schreckensbildes der „Türk_innen
08 vor Wien“, von Sozialdarwinismus und Eugenik schreiben sie
09 in ihrem – antimuslimisch ausgerichteten – Rassismus allen
10 Muslim_innen zu, dass sie viele Kinder bekämen, um Europa
11 zu islamisieren. Welche große Anziehungskraft solcher Ras-
12 sismus hat, der Muslima_s eine Andersartigkeit und gerin-
13 gere „Intelligenz“ zuspricht, hat Thilo Sarrazin (SPD) mit
14 seinem Buch und seinen rassistischen und rechtspopulisti-
15 schen Äußerungen bewiesen. Eine Reihe an Kleinstparteien,
16 die aber schon regionale Erfolge erzielen konnten, versu-
17 chen das Potenzial zu nutzen: In Deutschland ist es vor
18 allem die selbst ernannte Pro-Bewegung und die Partei „Die
19 Freiheit“. Daneben gibt es lokale Initiativen, die sich zum
20 Beispiel bei Anti-Moschee-Protesten formiert hatten. So
21 konnte auch „Pro Köln“, „Pro NRW“ und „Bürger in Wut“
22 (Bremerhaven) Wahlerfolge feiern. Die Schill-Partei hat
23 ebenfalls für bundesweite Furore gesorgt, obwohl sie nur in
24 Hamburg verortet war. Aber auch im Internet bilden sich
25 Plattformen wie „Politically Incorrect“ oder „Blaue Narzisse“,
26 die sich den Themen verstärkt annehmen. In ganz Eu-
27 ropa konnten Parteien wie beispielsweise Vlaams Belang,
28 Lega Nord, FPÖ, SVP, Fidesz oder Front National Erfolge
29 einfahren und Rassismus betreiben sowie weiter schüren.
30 Personen wie Geert Wilders oder Jörg Haider haben bzw.
31 hatten europaweite Bekanntheit erreicht.

32

33 **Rechtsruck in der Gesellschaft verhindern**

34 Dass der Weg von dieser Brandstiftung zur Gewalt nicht
35 weit ist, haben uns die grausamen Anschläge in Oslo und
36 Utoya 2011 gezeigt. Sie waren das Resultat des rassisti-
37 schen, antiliberalen Hasses, den der Massenmörder Breivik
38 in der rechtspopulistischen Fremskrittspartiet und durch die
39 English Defence League herausbildete. Gerade alltägliche
40 Gewalt ist ein massives Problem. Selbst Kleinstparteien
41 können, indem sie gezielt Ressentiments ansprechen und
42 die Unsicherheiten nutzen, einen Rechtsruck in der Gesell-
43 schaft und innerhalb der etablierten Parteien erreichen.
44 Deshalb dürfen rechtspopulistische Bestrebungen nirgend-
45 wo unterschätzt werden. Ignorieren ist für uns keine Opti-
46 on! Wir müssen den Vormarsch rechtspopulistischer Ten-
47 denzen frühzeitig aufhalten! Wir müssen ihnen unsere Kon-
48 zepte und Ideen eines weltoffenen Europas und einer soli-
49 darischen Welt entgegensetzen!

50

51 **Das gefährliche Konzept Rechtspopulismus**

52

53 **Ungleichwertigkeitsdenken von Menschen niemals akzep- 54 tieren**

55 Rechtspopulist_innen verweisen im hohen Maße auf die
56 Meinungsfreiheit und möchten sich als „Tabubre-
57 cher_innen“ inszenieren, indem sie behaupten nur unter-
58 drückte „Wahrheiten“ auszusprechen – dabei betreiben sie
59 nichts anderes als rassistische Hetze. Populismus ist die
60 vereinfachte Darstellung komplexer gesellschaftlicher Prob-
61 leme und in allen politischen Lagern zu finden. Aber immer
62 ist er reaktionär. Populismus ist ein umfassendes Politikkon-

01 zept und viel mehr als ein Politikstil. Das „Volk“ ist der Fix-
02 punkt solcher völkisch-nationalistisch aufgeladenen Politik.
03 Unter „Volk“ verstehen Populist_innen ein ethnisch homo-
04 genes Volk, das sich nach außen abgrenzt. Dieses Außen
05 wird in ihrer Sicht von vermeintlich korrupten, (linken) Poli-
06 tiker_innen bedroht. Deren Instrumente seien wahlweise
07 eine linke Meinungsdiktatur, die Europäische Union, die
08 Multikulti-Idee oder durch den islamischen Glauben. So
09 richten sich Populist_innen gegen Verfechter_innen der für
10 alle offenen Gesellschaft. Sie werden diffamiert und als „die
11 da oben“ gebrandmarkt.
12 Rechtspopulismen richten sich gegen alle liberalen, sozialis-
13 tischen und kommunistischen Politikansätze. Soziale Kon-
14 flikte werden kulturalisiert, ethnisiert und biologisiert. Ganz
15 im Sinne des klassischen Rassismus werden Gruppen Eigen-
16 schaften zugeschrieben, um sie abzuwerten. Sie werden
17 also stigmatisiert, um die eigene konstruierte Gruppe auf-
18 zuwerten. Dabei ist es unerheblich, ob die Gruppenzugehö-
19 rigkeit am äußeren Erscheinungsbild oder der Religion fest-
20 gemacht wird. Dieses Ungleichwertigkeitsverständnis macht
21 es für sie dann leicht Menschen sozialchauvinistisch nach
22 „Nützlichkeit“ einzustufen, wie es Thilo Sarrazin exempla-
23 risch demonstriert hat. Nicht selten werden Menschen dann
24 als „Schmarozer“, „asozial“ oder „arbeitsscheu“ betitelt.
25 Ganze Gruppen werden kurzerhand als generell kriminell
26 erklärt. Die Religion Islam wird als homogen angesehenen
27 und eine neue ethnische Gruppe, die „Muslim_innen“,
28 konstruiert die als Sündenbock für Probleme dient. „Mein
29 Kampf“ und Koran, „der Islam“ und Terrorismus werden
30 gleichgesetzt. Die Gruppe gilt so als „unregierbar“. Ihre
31 vermeintliche Islamkritik richtet sich gegen alle Mig-
32 rant_innen und ist bereits im Kern rassistisch. Das Bild der
33 angeblichen Islamisierung entspricht dem Muster der
34 „Überfremdungs“-Rhetorik, die in neonazistischen Kreisen
35 permanent eingesetzt wird.
36 Wir werden solche Positionen klar als das benennen, was sie
37 sind: purer Rassismus, purer Sozialchauvinismus. (Den Be-
38 griff „Populismus“ mit dem Zusatz „Rechts-“ zu versehen, ist
39 ein Kompromiss, um seine Stoßrichtung offenzulegen, aber
40 wäre analytisch nicht zwingend nötig.)

41 **Instrumente kennen und benennen**

42 Rechtspopulismus schürt nicht nur menschenfeindliche
43 Ideologie, sondern dockt gleichermaßen an sie an. Antisemi-
44 tismus, Nationalismus, Sozialchauvinismus, Antiziganismus
45 Rassismus und Sexismus sind weit in der Gesellschaft ver-
46 breitet. Auf diesem Nährboden können sich populistische
47 Politikansätze schnell verankern.
48 Ein zentrales Instrument populistischer Politik ist der Kampf
49 um die Sprache. Sie erschafft solche vorhandenen Einstel-
50 lungen, bringt sie hervor und bestätigt sie. Bewusste und
51 unbewusste Stigmatisierungen verfestigen so die Einstel-
52 lungsmuster.
53 Rechtspopulismus ist ein Kampf gegen seine Gegner_innen.
54 Sie werden psychisch unter Druck gesetzt. Ein Instrument
55 sind Massenklagen gegen Einzelpersonen, um ein vermeint-
56 liches öffentliches Interesse an einer angeblichen Straftat zu
57 generieren. Die Freiheit organisierte 2011 eine Massenklage
58 wegen eines Aufklebers, auf dem die rassistische Partei
59 auch als rassistisch bezeichnet wurde. Das Onlineportal
60 „Nürnberg 2.0“, das im Umfeld von PI-News entstanden ist,
61 sammelt Anschrift und „Tatbestände“ von Menschen, die
62

01 sich der „Islamisierung Deutschlands“ und des „Linksfa-
02 schismus“ schuldig gemacht haben sollen. Den Angeklagten
03 aus Politik, Medien, Wissenschaft soll ein neuer Nürnberger
04 Prozess gemacht werden. Unter ihnen finden sich auch viele
05 Sozialdemokrat_innen wieder wie Franziska Drohsel, Lale
06 Akgün und Sigmar Gabriel. Der Kampf gegen die Geg-
07 ner_innen und der Kampf um die Sprache finden häufig
08 online statt, überwiegend in Weblogs und Foren.
09 Rechtspopulismus ist ein „Kampf um die Straße“. Insbeson-
10 dere „ProDeutschland“ wendet diese originär nazistische
11 Strategie an und versucht mit einer Vielzahl an
12 Kleinstkundgebungen zu provozieren. Auch werden dabei
13 Angsträume geschaffen, so gab es 2011 in Berlin einen
14 Angriff von zwei „ProDeutschland“-Wahlkämpfern auf einen
15 Migrant und eine Polizeistreife.
16 Populismus ist aber auch ein Kampf um Wäh-
17 ler_innenstimmen. Rechtspopulist_innen versuchen also
18 gezielt Emotionen, Vorurteile und Ängste anzusprechen und
19 neue zu konstruieren, um so ihre Zielgruppe zu erreichen.
20 Viele Rechtspopulist_innen starten damit einen neuen Ver-
21 such, weil viele von ihnen schon vorher in Parteien wie der
22 NPD, DVU, REP, „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ etc.
23 waren oder sich in national-konservativen Kreisen bewegt
24 hatten. Sie versuchen nun mit dem Rechtspopulismus neue
25 Wähler_innengruppen im konservativen Milieu zu aktivie-
26 ren. So nimmt er eine Brückenfunktion zwischen Conserva-
27 tivismus und Neonazismus ein. So wird auch nazistische
28 Ideologie im konservativen Lager hoffähig gemacht. Ein
29 Beispiel für eine solche Brückenkopfstellung ist die „Junge
30 Freiheit“.
31 Wir werden uns nicht auf Diskussionen in dem von ihnen
32 gesetzten rassistischen Rahmen einlassen, weil das bereits
33 ihr erster Erfolg wäre. Die wichtigen Debatten um eine
34 schrankenfreie Migration und einen menschenwürdigen
35 Sozialstaat werden wir führen, aber niemals Rassist_innen
36 darin einen Platz zugestehen.

37

38 **Die Gefahren des Rechtspopulismus aufdecken**

39

40 **Ausgrenzung mit neuem Anstrich**

41 Warum ist die Gefahr für die Gesellschaft durch den Rechts-
42 populismus so hoch? Rechtspopulismus ist eine aggressive
43 Weltanschauung. Sie legt das Fundament für neonazistische
44 Propaganda und Machtübernahmen. Sie legitimiert Angriffe
45 und Übergriffe. Rechtspopulist_innen teilen mit Neonazis
46 das gleiche Ausgrenzungssystem. Sie teilen auch viele ähnli-
47 che Grundüberzeugungen, vor allem im Bereich Rassismus.
48 Der Rechtspopulismus ist de facto nur eine Form der gleich-
49 en menschenverachtenden Ideologie. Es gibt aber klare
50 Bruchstellen. Rechtspopulistische Bewegungen geben sich
51 in der Regel klar proeuropäisch (in einem „Europa der Nati-
52 onen“) anstatt antieuropäisch. Sie grenzen sich auch deut-
53 lich vom Antisemitismus ab und verurteilen in der Regel
54 nationalsozialistische Verbrechen und neonazistische Ge-
55 waltakte. Sie verstehen sich dabei als „antiextremistisch“.
56 Aber sie fordern einen Schlusstrich und ein neues Natio-
57 nalbewusstsein ein. Zum Teil wird sogar die vermeintlich
58 vorbildliche Aufarbeitung als Argument für nationale Über-
59 legenheit verwendet. Sie hängen den „Wir-gegen-die-
60 Anderen“-Denken, was wir bekämpfen, an - ebenso einem
61 autoritären Staatsverständnis: Wenn sie von „Sicherheit und
62 Ordnung“ sprechen, meinen sie alternative Lebenskonzepte

01 oder etikettieren Menschen mit Migrationsgeschichte pau-
02 schal als kriminell. Das Anliegen „Sicherheit und Ordnung“
03 wird rassistisch und antipluralistisch genutzt. Rechtspopu-
04 list_innen versuchen sich ein seriöses Image zu geben. Den-
05 noch sind sie mit Neonazis zum Teil vernetzt – auch euro-
06 paweit.

07 Mit Kampagnen versuchen, sie politische Debatten aufzu-
08 greifen und besonders anschlussfähig an bestehende Res-
09 sentiments zu sein. Dabei vermeiden sie als Partei aufzutre-
10 ten, sondern suggerieren wie die selbsternannte Pro-
11 Bewegung eine „Bürgerbewegung“ zu sein. So können sie
12 den vermeintlichen Dualismus zwischen „Volk“ und „politi-
13 scher Klasse“ besser aufrechterhalten. Hier offenbart sich,
14 dass sie antidemokratisch ausgerichtet sind. Auch betonen
15 sie mehr die kulturalistische statt die biologistische Begrün-
16 dung ihres Rassismus. Dabei ist beispielsweise die „Frei-
17 heit“ noch zurückhaltender als „ProDeutschland“. Bei-
18 spielsweise beziehen sie sich zwar positiv auf den Staat
19 Israel, aber instrumentalisieren ihre Pseudo-Israelsolidarität
20 für ihren Kulturkampf gegen den Islam und spielen so den
21 Staat Israel als eine Art Vorbastion eines angeblichen christ-
22 lich-jüdischen Abendlandes gegen arabische Länder aus. Alle
23 ihre Aktivitäten zielen auf die schon bestehenden rassisti-
24 schen Stereotype – auf den Alltagsrassismus. Auch Begriffe
25 wie „unnütz“ oder „integrationsunwillig“ in aktuellen Debat-
26 ten stehen dafür. Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung bele-
27 gen immer wieder, wie stark gefährliche Einstellungen in
28 der Gesellschaft verbreitet sind. Wenn rechtspopulistische
29 Parteien noch emanzipatorische Positionen im Umgang mit
30 Frauenrechten und Homosexualität vortäuschen, um ihren
31 Rassismus zu transportieren, werden sie leicht unterschätzt.
32 Es handelt sich hier um eine Form von Homonationalismus,
33 bei dem Homorechte im „progressiven“ Westen (wo Homo-
34 rechte immer noch hart erkämpft werden müssen) dem
35 angeblich viel homophoberen Islam gegenübergestellt.
36 Beim Eintreten für Frauenrechte wird analog dazu die Dis-
37 kriminierung von Frauen in westlichen Ländern verneint und
38 dies der Frauendiskriminierung in muslimisch geprägten
39 Ländern gegenübergestellt. Wir müssen diesen Gefahren für
40 unsere Demokratie entgentreten!

41
42 **Gefahr der politischen Brandstiftung – Gewalt ist schon**
43 **alltäglich**

44 Die Ermittlungen rund um die Morde des „Nationalsozialisti-
45 schen Untergrunds (NSU)“ haben die rassistischen Einstel-
46 lungen in Behörden und den Medien offengelegt. Genauso
47 mahnen uns die Pogrome am Anfang der 1990er – wie 1992
48 Rostock-Lichtenhagen –, wie nahe die Gefahren sind. Die
49 Reihe an Vorfällen einschließlich vieler Morde haben sich bis
50 heute fortgesetzt. Antisemitische, rassistische und homo-
51 phobe Vorfälle sind alltäglich. Die zugrundeliegenden Ein-
52 stellungen können, wie nicht nur Thilo Sarrazin gezeigt hat,
53 selbst in großen Parteien präsent sein. Wenn Horst Seehofer
54 als Ministerpräsident von Bayern davon spricht, die Sozial-
55 systeme „bis zur letzten Patrone“ vor Migrant_innen zu
56 verteidigen, ist Rassismus auf der politischen Entschei-
57 dungsebene angekommen. Die SPD befindet sich als Partei,
58 die Thilo Sarrazin in ihren Reihen duldet und bisher nur
59 zögerlich ähnlichen menschenfeindlichen Positionen wider-
60 spricht, in der Verantwortung. Wir erinnern sie daran!

61
62 **Rechtspopulist_innen klar brandmarken**

01 Rechtspopulistische Parteien werden wir nicht als temporäre
02 „Protestpartei“ abhaken. Sie hierarchisieren Menschen
03 und werten Gruppen ab. Gerade in Krisen verweisen sie auf
04 vermeintliche Schuldige, die sie ausgrenzen möchten. Dabei
05 nutzen sie die schwache Position von Menschen mit Migra-
06 tionsgeschichte. Rechtspopulist_innen versuchen, so einfache
07 Antworten in der Krise zu geben. Sie bedienen sich der
08 langen rassistischen, antisemitischen und homophoben
09 Traditionen. Es ist folglich eine die ganze Gesellschaft um-
10 fassende Aufgabe, den Rechtspopulismus zu bekämpfen.
11 Der Protest ist dadurch, dass Rechtspopulist_innen die
12 Meinungsfreiheit gezielt nutzen, an liberale Positionen
13 appellieren und weil sie an starke gesellschaftliche Einstel-
14 lungen anknüpfen können, nicht leicht. Auch ist der Popu-
15 lismus-Terminus noch unscharf und er wird häufig instru-
16 mentalisiert. Wir werden jeder Form des Rechtspopulismus
17 einen klaren Stempel aufdrücken und dafür kämpfen, dass
18 er gesellschaftlich geächtet wird. Erst dann ist es möglich
19 viele Menschen dazu zu bewegen, sich allen rechtspopulisti-
20 schen Tendenzen in den Weg zu stellen – wie es gegen
21 Neonazis mit den Blockaden des Bündnisses „Dresden stellt
22 sich quer – nazifrei!“ schon teilweise der Fall ist.

23

24 **Entschlossen Handeln überall**

25 Eine Grundvoraussetzung für das effiziente Handeln ist es,
26 das Problem des Rechtspopulismus in seiner Spezifität
27 wahrzunehmen, treffend zu beschreiben und klar zu benen-
28 nen. Eine Pauschaleinordnung kann kontraproduktiv sein
29 und bekannte Mittel gegen Neonazis könnten einfach ver-
30 puffen. Wir dürfen aber auf keinen Fall zögern und unsere
31 vielfältigen Möglichkeiten ungenutzt zu lassen.

32

33 **Aufklären, Sensibilisieren und Dekonstruieren**

34 Alle Akteur_innen ob Parteien, zivilgesellschaftliche Organi-
35 sationen oder staatliche Stellen müssen bestmöglich über
36 die rechtspopulistische Tendenzen informieren. Ein breites
37 öffentliches Bewusstsein für das Problem ist nötig. Es muss
38 sensibilisiert werden. Die Aufklärungsarbeit gegen Rechts-
39 populismus muss Teil der politischen Bildung in Schulen und
40 darüber hinaus werden. Zu einer kritischen politischen Bil-
41 dung gehört es zu befähigen, die Stereotype zu dekonstruieren,
42 die Rechtspopulist_innen nutzen möchten.

43

44 **Parteien in der Pflicht**

45 Wir werden auf allen Ebenen konsequent gegen Rechtspo-
46 pulist_innen aktiv werden – dazu gehört auch unsere eigene
47 Partei, die SPD. Auch wenn Thilo Sarrazin immer noch Mit-
48 glied der SPD sein darf, muss die SPD in Form einer Kam-
49 pagne innerhalb der eigenen Partei gegen Ressentiments
50 aller Art, die alle in ihr existieren, arbeiten. Wir müssen als
51 Sozialdemokratie uns selbst mit ihnen auseinandersetzen
52 und sensibilisieren. Ebenso wichtig ist es in den anstehen-
53 den Wahlkämpfen klare Positionen gegen Rechtspopulismus
54 und ihre Forderungen zu beziehen. Jede_r ist in der Pflicht
55 klar Position zu beziehen. Dazu gehört es in der eigenen
56 Programmatik die Ursachen der Krise anzugehen und ein
57 Konzept für eine solidarische Gesellschaft vorzulegen, in der
58 die Partizipation aller ermöglicht wird. Dazu zählt auch sich
59 mit allen unseren europäischen Partner_innen für ein soli-
60 darisches Europa einzusetzen. Wir müssen uns klar zu einer
61 freien Migration und Vielfalt bekennen. Gleichzeitig müssen
62 die Ängste, die den Rassismus erstarken lassen, angegangen

01 werden - besonders die häufigen sozialen Probleme. Wir
02 müssen Alternativen entwickeln und anbieten.

03

04 **Zivilgesellschaft stärken**

05 Als Jusos und als SPD müssen wir uns unserer gesellschaftli-
06 chen Verantwortung bewusst sein und uns aktiv in antiras-
07 sistische Initiativen sowie Projekte einbringen. Wir werden
08 uns auch an Bündnissen beteiligen, die einen breiten gegen
09 Rassismus gerichteten Protest organisieren wollen. Dabei
10 setzen wir uns dafür ein, dass gegen jede Unterdrückung im
11 Bündnis gekämpft wird. Wenn es notwendig ist – wie bei-
12 spielsweise bei dem Konflikt zwischen Salafisten und „Pro-
13 Deutschland“, dann beziehen wir klar Stellung gegenüber
14 anderen Ausgrenzungsversuchen – wie durch den religiösen
15 Fundamentalismus. Der Protest muss gezielt sein: Je nach
16 Anlass kann eine öffentliche Erklärung, eine Informations-
17 veranstaltung, der Besuch eines symbolischen Ortes, eine
18 Mahnwache, eine Kundgebung, ein Festival, eine Demonst-
19 ration oder eine andere Form die beste Antwort sein. Hier-
20 bei sind aber vor allem langfristige und effektive Kampag-
21 nen gegen Rechtspopulismus unser Weg. Dabei werden wir
22 uns klar und so deutlich wie möglich in der Öffentlichkeit
23 positionieren. Der digitale Raum des Internets, das lange
24 eine untergeordnete Rolle gespielt hat, muss dabei einbe-
25 zogen werden. Im World-Wide-Web dürfen keine ungestör-
26 ten Räume für Rassismus entstehen. Es gelten die gleichen
27 Devisen: Den Rechtspopulist_innen darf kein Platz gegeben
28 werden, sich zu inszenieren. Das kann beispielsweise hei-
29 ßen, ihnen mithilfe von Blockaden den Zugang zu öffentli-
30 chen Gebäuden zu verwehren.

31

32 **Unterstützung der Regierungen und Parlamente sind ge- 33 fragt**

34 Die SPD fordern wir auf, überall wo sie in Regierungsver-
35 antwortung ist, entsprechende antirassistische Initiativen
36 und Projekte, die einen Beitrag zur Bekämpfung des Rechts-
37 populismus leisten können, massiv zu unterstützen und sie
38 beispielsweise über Landesprogramme zu stärken. Auch
39 regionale Gesprächskreise mit engagierten und betroffene
40 Organisationen sowie Menschen, die Strategien entwickeln
41 und anschließend in ihren Arbeitsfeldern umsetzen, eröff-
42 nen kommunalpolitisch Handlungsmöglichkeiten. Auf allen
43 Ebenen müssen politische Verantwortliche mit rassistischen,
44 diffamierenden Hetze Betroffene sich öffentlich solidarisie-
45 ren. Sollten es Rechtspopulist_innen doch in Parlamente
46 schaffen, ist eine Zusammenarbeit egal in welcher Form
47 kategorisch ausgeschlossen – auch wenn schon etablierte
48 Parteien auf einen rechtspopulistischen Kurs einschwenken.
49 Ein Verfahren wie der „Schweriner Weg“ und „Berliner
50 Konsens“ muss angestrebt werden, auch wenn es vor allem
51 viel gesellschaftliches Engagement darüber hinaus braucht.

52

53 **Für einen solidarische Gesellschaft – ein breiter Konsens 54 gegen Rassismus**

55 Wir werden uns entschieden allen aufkommenden rechts-
56 populistischen Tendenzen frühzeitig in den Weg stellen! Wir
57 streiten für eine solidarische und demokratische Gesell-
58 schaft! Rassismus und Sozialchauvinismus hat keinen Platz –
59 weder in der SPD noch sonstwo!

60

61

62

01 **Antrag 97/II/2012**

02 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04

05 **Anerkennung der Opfer rechter Gewalt**

06 Wir fordern den Berliner Senat auf, eine Reform des Defini-
07 tionssystem „politisch motivierte Kriminalität“ bundesweit
08 zu erwirken und im Land Berlin soweit möglich vorab einsei-
09 tige Verfahrenskorrekturen vorzunehmen, das heißt:
10 eine präzisere Definition im Erfassungskatalog, bspw. wann
11 eine rechte Deliktsqualität vorhanden ist eine grundsätzli-
12 che Prüfung aller Gewalttaten, insbesondere Todesfälle
13 hinsichtlich rechter Tatmotive, hinsichtlich der Gruppenzu-
14 gehörigkeit des Opfers, diskriminierende Beleidigungen der
15 Täter_innen im Umfeld der Tat, angebrachte Graffitis, sym-
16 bolische Tatbegehungen an bestimmten Tatorten oder
17 Jahrestagen etc. die grundsätzliche Erfassung der Tatein-
18 schätzung der Tatopfer, ob sie Opfer rechtsradikaler oder
19 rassistischer Gewalt geworden sind eine Änderung vom
20 System der Eingangsstatistik hin zu einer Erfassung zu einem
21 späteren Ermittlungsstand eine regelmäßige Korrektur der
22 Berichte in deutlichem zeitlichen Abstand, sodass auch die
23 Ergebnisse der abschließenden Gerichtsurteile berücksich-
24 tigt werden

25

26 Wir fordern den Berliner Senat auf, ein Programm aufzustel-
27 len zur weiteren Sensibilisierung der Polizei in Bezug auf
28 Rassismus, rechte Gewalt und Diskriminierung.

29

30 Wir fordern die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus auf,
31 eine Initiative zu ergreifen zur vorläufigen, einseitigen und
32 politischen Anerkennung der 12 Berliner Todesopfer durch
33 das Land Berlin.

34

35 **Antrag 98/II/2012**

36 **Jusos Berlin**

37 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

38

39 **Anerkennung der Opfer rechter Gewalt**

40 Mindestens 182 Todesopfer rechter Gewalt gab es in
41 Deutschland seit der Wiedervereinigung 1990, davon allein
42 12 in Berlin. Dies ergibt die zivilgesellschaftliche Zählung der
43 Amadeu-Antonio-Stiftung, des Tagesspiegels und anderen.
44 Nur 58 von ihnen werden von der Bundesregierung aner-
45 kannt. Von den Berliner Todesopfern werden von der Bun-
46 desregierung und vom Berliner Senat nur zwei anerkannt:
47 Nguyễn Van Tu und Silvio Meier (beide 1992 ermordet).
48 Dieser Unterschied ergibt sich vor allem daraus, dass staatli-
49 che Stellen (im Gegensatz zu den 1990er Jahren) nur noch
50 solche Fälle zählen, die im polizeilichen Definitionssystem
51 „Politisch motivierte Kriminalität“ erfasst wurden. Hierin
52 werden u.a. Straftaten erfasst, die „gegen eine Person ge-
53 richtet sind, wegen ihrer politischen Einstellung, Nationali-
54 tät, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltan-
55 schauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erschei-
56 nungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientie-
57 rung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tathand-
58 lung damit im Kausalzusammenhang steht“.
59 Es spielt also keine Rolle, ob die Täter_innen Neonazis sind
60 oder eine sonstige rechte Gesinnung haben, sondern ob sie
61 in diesem System polizeilich erfasst wurden. Das aktuelle
62 Erfassungssystem führt daher in der Praxis zu einigen

Antrag 97/II/2012

Überweisung an FA III - Innen- und Rechtspolitik (K)

Antrag 98/II/2012

Überweisung an FA III - Innen- und Rechtspolitik (K)

01 Schwierigkeiten. Zunächst ist die Definition der „Politisch
02 motivierte Kriminalität“ zwar insofern als Fortschritt zu
03 werten, als dass ein Handlungsinstrument zur Bewertung
04 rechter Kriminalität geschaffen wurde, was es in der Form
05 zuvor nicht gab. Doch mit einer fortschrittlichen Antidiskri-
06 minierungspolitik ist sie nicht vereinbar, da sie sich auf
07 fragwürdige Begriffe wie „Volkszugehörigkeit“ und „Ras-
08 se“ bezieht, anstatt das Problem des Rassismus zu benen-
09 nen. Die Tat kann auch nur dann als „politisch motiviert –
10 rechts“ eingeordnet werden, wenn etwa eine
11 „Deliktsqualität“, eine „internationale Dimension der
12 Tat“ oder eine „extremistische Ausprägung“ zugrunde lie-
13 gen. Da die polizeiliche Statistik als Eingangssystem konzi-
14 piert ist, muss sie gleich zu Beginn der Ermittlungen gemel-
15 det werden. Das ist durchaus ein Problem: Denn die Einord-
16 nung hängt so von der subjektiven Beurteilung der sachbe-
17 arbeitenden Polizeibeamt_innen ab zu einem Zeitpunkt, zu
18 dem teils noch nicht feststeht, wer der Täter_die Täterin ist.
19 Auch die zuständigen Polizist_innen ordnen Taten nicht
20 immer vorurteilsfrei und wertneutral ein. Später erkannte
21 Fehler (bspw. im Gerichtsverfahren) finden häufig wegen
22 der zeitlichen Verzögerung keinen Eingang mehr in die Sta-
23 tistik. Hierbei spielt auch eine Rolle, dass lokale Behörden
24 häufig rechte Gewalt immer wieder herunterspielen, um das
25 Ansehen ihrer Stadt nicht zu gefährden.

26 Ein absurdes Beispiel aus Hallstadt (Bayern): 2011 wurde ein
27 Mensch mit Migrationsgeschichte mit beiden Händen am
28 Hals gewürgt. Als er sich befreien konnte, rief der Angreifer:
29 „So was wie ihr gehört vergast!“ – Die Staatsanwaltschaft
30 führt den Fall nicht als politisch motivierte Kriminalität,
31 sondern als „sonstige Kriminalität“, weil das Würgen an sich
32 nicht als politisch motiviert bewertet wurde.

33 Ein absurdes Beispiel aus Berlin-Lichtenberg: 2010 wurde
34 Frau V., die in ihrem Auto in der Herzbergstraße fuhr, rassis-
35 tisch beleidigt, aus ihrem Auto gezerrt und angegriffen. Sie
36 musste anschließend im Krankenhaus behandelt werden.
37 Die von ihr gerufene Polizei befragte alle, auch die Täterin –
38 nur nicht das Opfer. Frau V. war sicher, dass all dies auf-
39 grund ihrer Herkunft geschah. Die Tat wurde nicht als rechts
40 motiviert erfasst.

41 Ein absurdes Beispiel aus Berlin-Charlottenburg: Der woh-
42 nungslose Kunstmaler Günter Schwannecke wurde 1992
43 von einem polizeilich bekannten Skinhead, Neonazi und
44 KuKluxKlan-Aktivisten, Norman Z., mit einem Baseballschlä-
45 ger erschlagen, weil sich Schwannecke eingemischt hatte,
46 als Z. und ein weiterer Neonazi Menschen mit Migrationsge-
47 schichte rassistisch beleidigten. Im Gerichtsprozess wurde
48 mündlich klargestellt, dass die Tat wegen der „latenten
49 rassistischen Gesinnung“ des Täters beruhte, so berichtete
50 es damals die Berliner Zeitung. Der Senator Henkel (CDU)
51 stellte Anfang 2012 fest: „Das Gericht erkannte zu keinem
52 Zeitpunkt ein politisches Motiv, sondern stellte fest, dass es
53 dem Täter ausschließlich um die Lust an Gewaltanwendung
54 gegangen ist. Es handelt sich insofern nicht um eine Tat des
55 Phänomenbereiches PMK – rechts.“

56 Das Erfassungssystem „Politisch motivierte Kriminali-
57 tät“ führt zu einer Unsichtbar-Machung von rechter und
58 rassistischer Gewalt. Dies ist ein politischer Skandal – der
59 behoben werden kann!

60

61 **Wir fordern** den Berliner Senat auf, eine Reform des Defini-
62 tionssystem „politisch motivierte Kriminalität“ bundesweit

- 01 zu erwirken und im Land Berlin soweit möglich vorab einsei-
02 tige Verfahrenskorrekturen vorzunehmen, das heißt:
- 03 ▪ eine präzisere Definition im Erfassungskatalog, bspw.
 - 04 wann eine rechte Deliktsqualität vorhanden ist
 - 05 ▪ eine grundsätzliche Prüfung aller Gewalttaten, insbe-
 - 06 sondere Todesfälle hinsichtlich rechter Tatmotive, hin-
 - 07 sichtlich der Gruppenzugehörigkeit des Opfers, diskri-
 - 08 minierende Beleidigungen der Täter_innen im Umfeld
 - 09 der Tat, angebrachte Graffitis, symbolische Tatbege-
 - 10 hungen an bestimmten Tatorten oder Jahrestagen etc.
 - 11 ▪ die grundsätzliche Erfassung der Tateinschätzung der
 - 12 Tatopfer, ob sie Opfer rechtsradikaler oder rassistischer
 - 13 Gewalt geworden sind
 - 14 ▪ eine Änderung vom System der Eingangsstatistik hin zu
 - 15 einer Erfassung zu einem späteren Ermittlungsstand
 - 16 ▪ eine regelmäßige Korrektur der Berichte in deutlichem
 - 17 zeitlichen Abstand, sodass auch die Ergebnisse der ab-
 - 18 schließenden Gerichtsurteile berücksichtigt werden
 - 19

20 **Wir fordern** den Berliner Senat auf, ein Programm aufzu-
21 stellen zur weiteren Sensibilisierung der Polizei in Bezug auf
22 Rassismus, rechte Gewalt und Diskriminierung. In diesem
23 Programm muss die Kompetenz seine eigene subjektive
24 Sicht reflektieren zu können, eine zentrale Rolle einnehmen.

25
26 **Wir fordern** die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus auf,
27 eine Initiative zu ergreifen zur vorläufigen, einseitigen und
28 politischen Anerkennung der 12 Berliner Todesopfer durch
29 das Land Berlin.

30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

01 **RENTENPOLITIK**

02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Antrag 99/II/2012

Abt. 05 | Reinickendorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Parteivorstand möge beschließen:

Der Parteikonvent möge beschließen:

Förderung für private Altersvorsorge auslaufen lassen

Die Riester-Rente hat ihr Ziel nicht erreicht, eine vernünftige und bezahlbare Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung zu sein. Wir wollen die Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rentenversicherung garantieren und die Riester- sowie die Rürup-Rente auslaufen lassen.

Die Kosten privater Rentenversicherungsverträge liegen 8% und 15% der Beiträge (DRV arbeitet mit 1,5% bis 1,8%).

Die kapitalgedeckte Altersvorsorge weist sehr grundsätzliche Nachteile auf:

- Krisenanfälligkeit (siehe USA: 25% Verluste im Jahr 2008/2009)
- Hohe Kosten von 8% bis 15%!
- Rendite bei derzeitigen Anlagemärkten nahezu unmöglich (Studien errechnen Garantierenditen von 0,75% auf die eingezahlten Beiträge inklusive Staatszuschuss!)
- Aufweichen der paritätischen Beitragszahlung; dem Arbeitnehmer wird es zugemutet, bis zu 4% seines sozialversicherungspflichtigen Beitragsentgeltes in eine private Altersvorsorge umzuwandeln. Die Beiträge der Arbeitgeberseite verbleiben bei ½ Mal 19,9% (RV).
- Schwächung der Binnennachfrage; die Umwandlung von Arbeitnehmerentgelten in kapitalbildendes Renten-Vorsorgekapital schwächt die Binnenkonjunktur, da die Kaufkraft um eben diese gesparten Beiträge vermindert wird. Die Sparquote steigt nicht tatsächlich und die Investitionstätigkeit springt (selbstverständlich) nicht an, da im Binnenland die Nachfrage abnimmt.
- Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft international nicht gefährdet; die deutsche Wirtschaft exportiert nach wie vor in aller höchstem Maße, dies verstößt gegen das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, wo Außenhandelsgleichgewichte vorgeschrieben sind.
- Anhebungen der arbeitgeberseitigen Zahlungen an die Sozialversicherung zum Beispiel um 2% für die Rentenversicherung über einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren gestreckt, dürften die Konkurrenzsituation der starken deutschen Exportwirtschaft kaum beeinträchtigen.
- Geringverdiener können zu oft nicht Beiträge für die Riester- oder Rürup-Rente erübrigen.

Antrag 99/II/2012

Erledigt bei Annahme Leitantrag 01/II/2012 in der Fassung der AK (K)

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

01 **Antrag 100/II/2012**

02 **AG 60 plus**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04

05 **Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung**

06
07 Die Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung werden auch für vor dem 1.1.1992 geborene Kinder auf die bestehende Regelung von drei Jahren für danach Geborene angeglichen.
08
09
10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

Antrag 100/II/2012

Erledigt bei Annahme Leitantrag 01/II/2012 in der Fassung der AK (K)

01 **SOZIALES**

02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Antrag 101/II/2012

Abt. 13 | Pankow

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefordert, bei der Aufstellung des Landeshaushalts eine ausreichende Finanzierung für alle Bezirke vorzusehen, um eine bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung mit Angeboten für Senioren zum Beispiel in Mehrgenerationenhäusern und Begegnungsstätten zu ermöglichen und keine weiteren Einsparungen im sozialen Bereich vorzunehmen.

Antrag 102/II/2012

Abt. 13 | Pankow

Der Landesparteitag möge beschließen

Der Bundesparteitag möge beschließen

Änderung § 82 SGB XII

Die Sozialdemokratische Partei Deutschland fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, die Vorschrift des § 82 SGB XII zu ändern.

Einkommen für Bezieher von Transferleistungen nach §82 SGBXII erhalten mindestens den gleichen Freibetrag bei der Berechnung des Hinzuverdienstes wie Bezieher von Transferleistungen nach dem SGB II.

Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses wird aufgefordert, die Änderung des § 82 SGB XII durch eine Bundesratsinitiative einzuleiten.

Antrag 103/II/2012

Abt. 11 | Spandau

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Parteikonvent möge beschließen:

In dem rentenpolitischen Antrag des Parteivorstands an den Parteikonvent vom 24. September soll am Ende des 4. Absatzes nach „...jahrzehntelanger harter Arbeit“ eingefügt werden:

„Wir bleiben dabei: Der für das Jahr 2012 vorgesehene Einstieg in die Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre ist auszusetzen, weil die Voraussetzungen für die Erhöhung gegenwärtig nicht gegeben sind. Ein Einstieg in die Anhebung des Renteneintrittsalters ist erst dann möglich, wenn die rentennahen Jahrgänge, also die 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens zu 50 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.“

[entspricht der Formulierung des BPT Dezember 2011]

Antrag 104/II/2012

Abt. 11 | Spandau

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Parteikonvent möge beschließen:

In dem rentenpolitischen Antrag des Parteivorstands an den Parteikonvent vom 24. September soll im vorletzten Absatz,

Antrag 101/II/2012

Überweisung an AH-Fraktion (K)

Antrag 102/II/2012

Annahme (K)

Antrag 103/II/2012

Annahme (K)

Antrag 104/II/2012

Annahme (K)

01 4. Zeile nach „...für das Jahr 2030 auf 44,76
02 zent“ heißen:
03 „Für die Sozialdemokratie aber gilt: Wer sein Leben lang
04 arbeitet und sich mit seinen Beiträgen an der solidarischen
05 Umlagefinanzierung der Rente beteiligt, muss darüber auch
06 einen Anspruch auf eine armutsfeste Rente erwerben. Des-
07 halb halten wir am Rentenniveau von 51% fest.“

08
09 **Antrag 105/II/2012**

10 **AG 60 plus**

11 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

12 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

13

14 **Riester-Rente / Bestandsschutz**

15 Bei der Neugestaltung bzw. Überarbeitung der Riester-
16 Rente ist ein Bestandsschutz der bestehenden Verträge
17 sicherzustellen.

18 Die Sicherstellung der staatlichen Bezuschussung der beste-
19 henden Verträge soll im SPD-Wahlprogramm 2012 nieder-
20 geschrieben werden.

21

22 **Antrag 106/II/2012**

23 **AG 60 plus**

24 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

25 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

26

27 **Pflegeversicherungsgesetz**

28 Das Pflegeversicherungsgesetz ist dahingehend zu verän-
29 dern, dass für privat Pflegende, die die Pflege von Angehöri-
30 gen übernommen haben und die höchstens dreißig Wo-
31 chenstunden beschäftigt sind, ein höherer Zuschlag zu ihrer
32 gesetzlichen Rente gezahlt wird.

33

34 **Antrag 107/II/2012**

35 **AG 60 plus**

36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

37 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

38

39 **Zur nächsten Bundestagswahl wird die SPD ein in sich
40 schlüssiges Programm beschließen, wie**

- 41 1. das immer stärker werdende Auseinanderdriften der
42 Einkommen eingedämmt und auf ein sozial verträgli-
43 ches, mit der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung
44 vereinbares Maß zurückzuführen ist. Fehlentwicklun-
45 gen, wie die geringe Besteuerung von Kapitaleinkom-
46 men und die Realeinkommensverluste unterer Lohn-
47 einkommensgruppen aufgrund u. a. der inflationsbe-
48 dingten Steuerprogression, müssen beseitigt werden;
49 der Anhäufung übergroßer ererbter Vermögen bei ei-
50 nem prozentual immer kleiner werdenden Bevölke-
51 rungsanteil ist entgegenzusteuern.
- 52 2. die drohende Altersarmut einer immer größer wer-
53 denden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern abzuwen-
54 den ist. Dies erfordert u. a., die Rahmenbedingungen
55 für den Arbeitsmarkt so zu ändern, dass prekäre Ar-
56 beitsverhältnisse verhindert werden und auskömmli-
57 che Mindestlöhne gewährleistet sind. Alle Einkom-
58 mensbezieher müssen in solidarischer Weise entspre-
59 chend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Fi-
60 nanzierung einer das altersgerechte Existenzminimum
61 absichernden Rente und eines menschenwürdigen
62 Pflegesystems beitragen. Eine Bürgerversicherung, die

Antrag 105/II/2012

Annahme (K)

Antrag 106/II/2012

**Erledigt bei Annahme Leitantrag 01/II/2012 in der Fassung
der AK (K)**

Antrag 107/II/2012

Annahme (K)

01 für alle das Risiko von Krankheit, die Grundsicherung
02 im Alter und das Pflegerisiko abdeckt, entspricht am
03 ehesten dem Modell einer menschenwürdigen und so-
04 lidarischen Gesellschaft.

05

06 **Antrag 108/II/2012**

07 **KDV Tempelhof-Schöneberg**

08 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

09 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

10

11 **Zur nächsten Bundestagswahl (voraussichtlich 2013) wird**
12 **die SPD ein in sich schlüssiges Programm beschließen, wie**

- 13 1. das immer stärker werdende Auseinanderdriften der
14 Einkommen eingedämmt und auf ein sozial verträgli-
15 ches, mit der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung
16 vereinbares Maß zurückzuführen ist. Fehlentwicklun-
17 gen, wie die geringe Besteuerung von Kapitaleinkom-
18 men und die Realeinkommensverluste unterer Lohn-
19 einkommensgruppen aufgrund u. a. der inflationsbe-
20 dingten Steuerprogression, müssen beseitigt werden;
21 der Anhäufung übergroßer ererbter Vermögen bei ei-
22 nem prozentual immer kleiner werdenden Bevölke-
23 rungsanteil ist entgegenzusteuern.
- 24 2. die drohende Altersarmut einer immer größer wer-
25 denden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern abzuwen-
26 den ist. Dies erfordert u. a., die Rahmenbedingungen
27 für den Arbeitsmarkt so zu ändern, dass prekäre Ar-
28beitsverhältnisse verhindert werden und auskömmli-
29 che Mindestlöhne gewährleistet sind. Alle Einkom-
30 mensbezieher müssen in solidarischer Weise entspre-
31 chend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Fi-
32 nanzierung einer das altersgerechte Existenzminimum
33 absichernden Rente und eines menschenwürdigen
34 Pflegesystems beitragen. Eine Bürgerversicherung, die
35 für alle das Risiko von Krankheit, die Grundsicherung
36 im Alter und das Pflegerisiko abdeckt, entspricht am
37 ehesten dem Modell einer menschenwürdigen und so-
38 lidarischen Gesellschaft.

39

40 **Antrag 109/II/2012**

41 **AG Migration**

42 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

43

44 **Besonderheiten der russischen Rente bei der Grundsiche-**
45 **rung berücksichtigen**

46 Die SPD-Mitglieder des Senates und des Abgeordnetenhaus-
47 es werden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Berliner
48 Jobcenter bei der Berechnung des Grundsicherungsan-
49 spruchs für Einwanderinnen und Einwanderern aus der
50 ehemaligen Sowjetunion, der mit der russischen Rente
51 erworbene Anspruch auf Zuzahlung für Kriegsversehrte und
52 Zuzahlung für Überlebende der Blockade von Leningrad
53 nicht angerechnet wird und damit dem Beispiel von Hessen
54 und Sachsen-Anhalt zu folgen.

55

56 **Antrag 110/II/2012**

57 **KDV Steglitz-Zehlendorf**

58 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

59

60 **Besonderheiten der russischen Rente bei der Grundsiche-**
61 **rung berücksichtigen**

62 Die SPD-Mitglieder des Senates von Berlin und des Abge-

Antrag 108/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 107/II/2012 (K)

Antrag 109/II/2012

Annahme (K)

Antrag 110/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 109/II/2012 (K)

01 ordnetenhauses werden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass
02 die Berliner Jobcenter bei der Berechnung des Grundsicherungsanspruchs für Einwanderinnen und Einwanderern aus
03 der ehemaligen Sowjetunion der mit der russischen Rente
04 erworbene Anspruch auf Zuzahlung für Kriegsbehinderte
05 und Zuzahlung für Überlebende der Blockade von Leningrad
06 nicht angerechnet wird und damit dem Beispiel von Hessen
07 und Sachsen-Anhalt folgen.
08

09

10 **Antrag 111/II/2012**

11 **AG 60 plus**

12 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

13 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

14

15 **Haushaltsnahe Dienstleistungen**

16 Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, eine dauerhafte
17 Sicherstellung von haushaltsnahen Dienstleistungen (Dü-
18 beln, Gardinenaufhängung, Lampe einschrauben) im SGB XII
19 vorzusehen. Dabei ist auch eine Möglichkeit zu schaffen,
20 dass unter Umständen eine materielle Hilfe geleistet wer-
21 den kann.
22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

Antrag 111/II/2012

Überweisung an Landesgruppe (K)

01 **STATUTENÄNDERNDE ANTRÄGE**

02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

**Wiedervorlage Änderungsantrag 7 zum Antrag 01/I/2012
ORGANISATIONSTATUT
§ 12* Absatz (3) und (4) – Aufstellung von Kandidatinnen
und Kandidaten (Seite 25 im Statut)
Antragsteller: Abt. 13 | Pankow**

(3) auf je 15 Mitglieder einer Abteilung, für die in den der
Berechnung vorausgegangenen zwei Kalenderjahre Pflicht-
beiträge abgerechnet und abgeführt wurden

Einfügen: Es muss nach dem gängigen kaufmännischen
Grundsätzen / Regeln gerundet werden

(4) Ändern wie oben

**Wiedervorlage Änderungsantrag 6 zum Antrag 05/I/2012
ORGANISATIONSTATUT
§ 22a * Absatz (1) - Kreisdelegiertenversammlung
(Seite 39 im Statut)
Antragsteller: Abt. 13 | Pankow**

(1) auf je 15 Mitglieder einer Abteilung, für die in den der
Berechnung vorausgegangenen zwei Kalenderjahre PB ab-
gerechnet und abgeführt wurden

Einfügen: Es muss nach gängigen kaufmännischen Grund-
sätzen / Regeln gerundet werden

(2) Ändern wie oben

**Antrag 112/II/2012
Abt. 01 | Pankow
Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Kleinere Abteilungen im Kreisdelegiertenschlüssel berück-
sichtigen**

Die SPD spricht sich dafür aus:
Die innerhalb der Berliner SPD geltenden Satzungsbestim-
mungen werden wie folgt geändert:

Jede Abteilung erhält, sofern in den betreffenden Kreisen
das Delegiertenprinzip Anwendung findet, je 15 Mitglieder
einen Delegierten auf der Kreisdelegiertenversammlung.
Sofern für eine Abteilung in der Nachkommastelle ein rech-
nerischer Wert von jeweils mehr als 0,5 Delegierten ermit-
telt wird, erfolgt eine Aufrundung um jeweils eine Delegier-
te oder einen Delegierten. Die übrigen Satzungsbestimmun-
gen bleiben unverändert.

**Antrag 113/II/2012
Abt. 02 | Pankow
Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Kleinere Abteilungen im Kreisdelegiertenschlüssel berück-
sichtigen**

Der Landesparteitag spricht sich dafür aus: Die innerhalb
der Berliner SPD geltenden Satzungsbestimmungen werden
wie folgt geändert:

**Wiedervorlage Änderungsantrag 7 zum Antrag 01/I/2012
Ablehnung (K)**

**Wiedervorlage Änderungsantrag 6 zum Antrag 05/I/2012
Ablehnung (K)**

**Antrag 112/II/2012
Ablehnung (Kein Konsens)**

**Antrag 113/II/2012
Erledigt bei Annahme Antrag 112/II/2012 (Kein Konsens)**

01
02 Jede Abteilung erhält, sofern in den betreffenden Kreisen
03 das Delegiertenprinzip Anwendung findet, je 15 Mitglieder
04 einen Delegierten auf der Kreisdelegiertenversammlung.
05 Sofern für eine Abteilung in der Nachkommastelle ein rech-
06 nerischer Wert von jeweils mehr als 0,5 Delegierten ermit-
07 telt wird, erfolgt eine Aufrundung um jeweils eine Delegier-
08 te oder einen Delegierten. Die übrigen Satzungsbestimmun-
09 gen bleiben unverändert.

11 **Antrag 114/II/2012**

12 **Abt. 02 | Friedrichshain-Kreuzberg**

13 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

14 **Der Landesparteitag möge beschließen**

18 **Bundestagskandidatenaufstellungen durch Vollversamm- 19 lung ermöglichen**

20 § 12* Absätze 1 und 2 der ergänzenden statutarischen Be-
21 stimmungen des Landesverbandes Berlin zum Organisati-
22 onsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
23 erhalten folgende Fassung:

- 24
25 (1) Die Wahl der Direktkandidatinnen und Direktkandida-
26 ten für den Bundestag wird in einer für den jeweiligen
27 Bundestagswahlkreis nach den Vorschriften des Bun-
28 deswahlgesetzes einzuberufenden Wahlkreisvollver-
29 sammlung (§ 21 Abs. 1 Satz 2 Bundeswahlgesetz)
30 durchgeführt. Die zuständigen Kreisvorstände können
31 beschließen, dass die Wahl durch eine Wahlkreiskon-
32 ferenz erfolgt.
33 (2) Die Wahlkreisvollversammlung oder Wahlkreiskonfe-
34 renz wird von den zuständigen Kreisvorständen ge-
35 meinsam einberufen.

37 **Antrag 115/II/2012**

38 **Abt. 04 | Spandau**

39 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

41 **Kandidatenaufstellungen durch Vollversammlung ermögli- 42 chen**

43 § 12* Absätze 1 und 2 der ergänzenden statutarischen Be-
44 stimmungen des Landesverbandes Berlin zum Organisati-
45 onsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
46 erhalten folgende Fassung:

- 47
48 (1) Die Wahl der Direktkandidatinnen und Direktkandida-
49 ten für den Bundestag wird in einer für den jeweiligen
50 Bundestagswahlkreis nach den Vorschriften des Bun-
51 deswahlgesetzes einzuberufenden Wahlkreiskonfe-
52 renz durchgeführt. Die zuständigen Kreisvorstände
53 können beschließen, dass die Wahl durch eine Wahl-
54 kreisvollversammlung (§ 21 Abs. 1 Satz 2 Bundeswahl-
55 gesetz) erfolgt.
56 (2) Die Wahlkreisvollversammlung oder Wahlkreiskonfe-
57 renz wird von den zuständigen Kreisvorständen ge-
58 meinsam einberufen.

Antrag 114/II/2012

Ablehnung (Kein Konsens)

Im Falle, dass Landesparteitag auf Grund einer anderen politischen Bewertung die Annahme des Antrages empfehlen würde, dann schlägt die Statutenkommission/Antragskommission folgende Fassung vor:

Bundestagskandidatenaufstellungen durch Vollversamm- lung ermöglichen

§ 12* Absätze 1 und 2 der ergänzenden statutarischen Bestimmungen des Landesverbandes Berlin zum Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erhalten folgende Fassung:

- (1) Die Wahl der Direktkandidatinnen und Direktkandidaten für den Bundestag wird in einer für den jeweiligen Bundestagswahlkreis nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes einzuberufenden Wahlkreis Konferenz (§ 21 Abs. 1 Satz 2 Bundeswahlgesetz) durchgeführt. Die zuständigen Kreisvorstände oder Kreisdelegiertenversammlungen können beschließen, dass die Wahl durch eine Wahlkreisvollversammlung erfolgt.
(2) Die Wahlkreisvollversammlung oder Wahlkreis Konferenz wird von den zuständigen Kreisvorständen gemeinsam einberufen.

Antrag 115/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 114/II/2012 (Kein Konsens)

01 **Antrag 116/II/2012**

02 **Abt. 15 | Pankow**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04

05 **Wahlkreisvollversammlung**

- 06 1. Das Statut der Berliner SPD wird so geändert, dass die
07 Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für den
08 Deutschen Bundestag auch durch eine Wahlkreisvoll-
09 versammlung erfolgen kann.
- 10 2. Die Entscheidung über das Verfahren trifft der jeweili-
11 ge Kreis.
- 12 3. Falls ein Bundestagswahlkreis zwei Kreisverbände
13 betrifft, kann die Abweichung von der Wahlkreisdele-
14 giertenversammlung (Normalfall) und die Einladung zu
15 einer Wahlkreisvollversammlung nur im Einvernehmen
16 zwischen den beiden betroffenen Kreisen beschlossen
17 werden.

18

19 **Antrag 117/II/2012**

20 **Abt. 14 | Pankow**

21 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

22

23 **Wahlkreisvollversammlung**

24 § 12* der ergänzenden statutarischen Bestimmungen des
25 Landesverbandes Berlin zum Organisationsstatut der Sozial-
26 demokratischen Partei Deutschlands erhält folgende Fas-
27 sung:

- 28 (1) Die Wahl der Direktkandidatinnen und Direktkandida-
29 ten für den Bundestag wird in einer für den jeweiligen
30 Bundestagswahlkreis nach den Vorschriften des Bun-
31 deswahlgesetzes einzuberufenden Wahlkreisvollver-
32 sammlung (§ 21 Abs. 1 Satz 2 Bundeswahlgesetz)
33 durchgeführt. Der zuständige Kreisvorstand kann be-
34 beschließen, dass die Wahl durch eine Wahlkreisdele-
35 giertenversammlung erfolgt. 3Liegt der Wahlkreis im
36 Gebiet mehrerer Kreise, erfolgt die Wahl durch Wahl-
37 kreisdelegiertenversammlung nur, wenn alle zuständi-
38 gen Kreisvorstände zustimmen.
- 39 (2) Die Wahlkreisvollversammlung oder die Wahlkreisde-
40 legiertenversammlung wird von den zuständigen
41 Kreisvorständen gemeinsam einberufen.
- 42 (3) Die Wahlkreisdelegiertenversammlung besteht aus
43 den in den Mitgliederversammlungen der dem Wahl-
44 kreis angehörenden Abteilungen gewählten Delegier-
45 ten. 2Auf je 15 Mitglieder einer Abteilung, für die in
46 den vorausgegangenen zwei Kalenderjahren Pflicht-
47 beiträge abgeführt worden sind, ist eine Delegierte
48 oder ein Delegierter zu wählen.
- 49 (4) In Wahlkreisen mit weniger als 750 Mitgliedern setzt
50 sich die Wahlkreisdelegiertenversammlung einheitlich
51 aus 50 Delegierten und in Kreisen mit mehr als 1950
52 Mitgliedern setzt sich die Wahlreisdelegiertenver-
53 sammlung einheitlich aus 130 Delegierten zusammen.
54 Diese werden in den Abteilungen entsprechend der
55 Anzahl ihrer Mitglieder gewählt, für die in den voraus-
56 gegangenen zwei Kalenderjahren Pflichtbeiträge abge-
57 führt worden sind.
- 58 (5) Teilt eine Wahlkreisgrenze eine Abteilung, so sind die
59 Mitglieder entsprechend ihres Wohnsitzes dem jewei-
60 ligen Wahlkreis zuzuordnen.

61

62

Antrag 116/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 114/II/2012 (Kein Konsens)

Antrag 117/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 114/II/2012 (Kein Konsens)

01 **Antrag 118/II/2012**

02 **Abt. 01 | Pankow**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04

05 **Basisdemokratisches Aufstellungsverfahren der AGH-**
06 **Wahlkreiskandidaten**

- 07 1. Über die Aufstellung der Wahlkreiskandidaten für das
08 Abgeordnetenhaus von Berlin wird von den SPD-
09 Mitgliedern im Wahlkreis, die ihren Hauptwohnsitz im
10 AGH-Wahlkreis haben, die das 18. Lebensjahr vollendet
11 haben und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen,
12 auf einer Wahlkreisvollversammlung (WVV) innerparteilich
13 verbindlich entschieden. Der Zugang zur
14 Kandidatur steht jeder und jedem offen.
- 15 2. Den zum Wahlkreis gehörenden SPD-Abteilungen
16 obliegt die Organisation der WVV. Sie haben sich über
17 die Sitzungsleitung sowie Tagesordnung einvernehmlich
18 zu einigen.
- 19 3. Sofern zur Durchsetzung der oben genannten Regeln
20 eine Satzungsänderung erforderlich ist, wird die Satzung
21 durch diesen Beschluss entsprechend geändert.

22

23 **Antrag 119/II/2012**

24 **Abt. 02 | Pankow**

25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

26

27 **Basisdemokratisches Aufstellungsverfahren der AGH-**
28 **Wahlkreiskandidaten**

- 29 1. Über die Aufstellung der Wahlkreiskandidaten für das
30 Abgeordnetenhaus von Berlin wird unter Beteiligung
31 aller SPD-Mitglieder im Wahlkreis, die ihren Hauptwohnsitz
32 im AGH-Wahlkreis haben, die das 18. Lebensjahr vollendet
33 haben und die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen,
34 auf einer Wahlkreisvollversammlung (WVV) innerparteilich
35 verbindlich entschieden. Der Zugang zur Kandidatur steht
36 jeder und jedem offen.
- 37 2. Den zum Wahlkreis gehörenden SPD-Abteilungen
38 obliegt die Organisation der WVV. Sie haben sich über
39 die Sitzungsleitung sowie Tagesordnung einvernehmlich
40 zu einigen.
- 41 3. Sofern zur Durchsetzung der oben genannten Regeln
42 eine Satzungsänderung erforderlich ist, wird die Satzung
43 durch diesen Beschluss entsprechend geändert.

44

45 **Antrag 120/II/2012**

46 **Abt. 08 | Pankow**

47 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

48

49 **Basisdemokratisches Aufstellungsverfahren der AGH-**
50 **Wahlkreiskandidaten**

- 51 1. Über die Aufstellung der Wahlkreiskandidaten für das
52 Abgeordnetenhaus von Berlin wird von den SPD-
53 Mitgliedern im Wahlkreis, die ihren Hauptwohnsitz im
54 AGH-Wahlkreis haben, die das 18. Lebensjahr vollendet
55 haben und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen,
56 auf einer Wahlkreisvollversammlung (WVV) innerparteilich
57 verbindlich entschieden. Der Zugang zur
58 Kandidatur steht jeder und jedem offen.
- 59 2. Den zum Wahlkreis gehörenden SPD-Abteilungen
60 obliegt die Organisation der WVV. Sie haben sich über
61 die Sitzungsleitung sowie Tagesordnung einvernehmlich
62 zu einigen.

Antrag 118/II/2012

Ablehnung (K)

Antrag 119/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 118/II/2012 (K)

Antrag 120/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 118/II/2012 (K)

- 01 lich zu einigen.
02 3. Sofern zur Durchsetzung der oben genannten Regeln
03 eine Satzungsänderung erforderlich ist, wird die Sat-
04 zung durch diesen Beschluss entsprechend geändert.
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

01 **UMWELT**

02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Antrag 121/II/2012

FA X - Natur, Energie, Umweltschutz

Der Landesparteitag möge beschließen:

Förderung des integrierten Umweltschutzes muss auch in der nächsten EU-Strukturfonds-Förderperiode 2014-2020 weiter möglich sein

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats, des Berliner Abgeordnetenhauses und des EU-Parlaments werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass es auch in der nächsten Förderperiode 2014-2020 des EU-Strukturfonds eine Förderung der städtischen Umwelt geben wird. Es wird sehr begrüßt, dass die EU-Kommission dem Klimaschutz und der damit verbundenen CO₂-Reduktionen eine große Priorität bei der Strukturfondsförderung einräumt. Dieses darf aber nicht dazu führen, dass andere Belange des Umweltschutzes nicht mehr förderfähig sein werden, wie z.B. Natur- und Landschaftsschutz, Gewässer- und Bodenschutz, Erhalt von Grün- und Freiflächen, Immissionsschutz. Daher wird gefordert, dass das Berliner Umweltlastungsprogramm (UEP) als EFRE-kofinanziertes Förderprogramm auch in der nächsten EU-Förderperiode fortgesetzt wird und die notwendige Unterstützung für innovative und umsetzungsorientierte Vorhaben in den Bereichen Klimaschutz, Luftreinhaltung und Lärmvermeidung, Umweltforschung, sowie Gewässer- und Bodenschutz, und Natur- und Landschaftsschutz leisten kann.

Antrag 122/II/2012

KDV Steglitz-Zehlendorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Keine Klärschlämme als Dünger einsetzen

Die SPD Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, die SPD Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament werden aufgefordert, die gesetz- und verordnungsmäßigen Voraussetzungen des Verbots der Nutzung von Klärschlämmen als Dünger für Nutzpflanzen unverzüglich zu schaffen.

Antrag 121/II/2012

Überweisung an AH-Fraktion (K)

Antrag 122/II/2012

Annahme (K)

01 **VERKEHR**

02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Antrag 123/II/2012

AG 60 plus

Der Landesparteitag möge beschließen:

Kneeling

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass bei den Autobussen der BVG weiterhin das automatische Absenken beim Ein- und Ausstieg (sog. Kneeling) uneingeschränkt gewährleistet ist.

Antrag 124/II/2012

FA X - Natur, Energie, Umweltschutz

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Stadt zukunftsfähig machen –Luftreinhalte- und Lärmaktionsplan umsetzen

Berlin hat gute Chancen sich zu einer zukunftsfähigen Stadt zu entwickeln. Die Stadt muss in dieser Legislaturperiode diese Chancen nutzen und dafür die Weichen stellen. Dabei ist das Leitbild der nachhaltigen Stadt von zentraler Bedeutung. Die Lebensqualität für die BürgerInnen in der Stadt wird entscheidend von einer intakten, urbanen Umwelt bestimmt. Für die Planung und Gestaltung der Stadt sind hier besonders die räumlichen Umweltbelastungen von Interesse, wie die Lärminderung und die Luftreinhaltung.

Um die Luftgüte, gerade in der Innenstadt nachhaltig verbessern zu können, muss insbesondere der motorisierte Verkehr reduziert werden. Aber auch technische Nachrüstungen der Fahrzeuge sind von Nöten, wie z.B. die Ausstattung der Bussen mit Stickoxidminderungssystemen und der Einbau von Russfiltern in Baumaschinen und Schiffen. Die SPD-Mitglieder des Senats und des Berliner Abgeordnetenhauses werden hiermit aufgefordert sich für eine möglichst zeitnahe Umsetzung dieser Maßnahmen einzusetzen.

Des Weiteren werden die SPD-Mitglieder des Senats und die SPD-Fraktion des Berliner Parlaments aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass für die räumliche Lärminderung die Überarbeitung des Lärminderungsplans zügig vorgebracht wird. Damit verbunden ist bis 2013 ein entsprechender Maßnahmenkatalog inklusive Durchführungsplanung und Finanzierung zu erstellen, der eine Umsetzung innerhalb dieser Legislaturperiode ermöglicht.

Sowohl bei der Luftreinhaltung wie auch bei der Lärminderung kommt dabei der Minderung des Straßenverkehrs eine vordringliche Bedeutung zu. Um die Synergien einer integrierten der Umwelt- und Verkehrspolitik erfolgreich nutzen zu können, sind folgende Maßnahmen umgehend in Angriff zu nehmen:

- Verminderung des Quell-/Zielverkehrs innerhalb des S-Bahn-Ringes,
- Umweltverträgliche Straßenraumgestaltung,
- zügige Erstellung eines Masterplans Parken mit allen Bezirken zur weiteren Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung, der in den nächsten zwei Jahren zur

Antrag 123/II/2012

Annahme (K)

Antrag 124/II/2012

Überweisung an AH-Fraktion (K)

- 01 Umsetzung kommen wird, damit insbesondere der
02 motorisierte Individualverkehr in der verdichteten In-
03 nenstadt eingedämmt wird,
04 - Umgehende Umsetzung der Radverkehrs- und Fußver-
05 kehrsstrategie, damit es zu einer nachhaltigen Stär-
06 kung des Umweltverbundes kommt und so ein wichti-
07 ger Beitrag zum Erreichen der Berliner Klimaschutzzie-
08 le realisiert werden kann,
09 - Evaluierung der Tempo-30-Gebiete bezüglich ihrer
10 Verkehrsminderungswirkung. Die Ergebnisse müssen
11 in die Weiterentwicklung eines Tempo-30-Konzeptes
12 einfließen, das bis zur Mitte der Legislaturperiode vor-
13 gelegt und bis Ende 2016 realisiert werden soll.
14 - Zur Finanzierung der Lärminderungsmaßnahmen
15 einen konstanten Haushaltstitel, in der gleichen Grö-
16 ßenordnung wie das Fahrradwegeprogramm einstel-
17 len.

18
19 Die konsequente Umsetzung dieser Maßnahmen ist not-
20 wendig, da Berlin sonst seine umwelt- und Verkehrspoliti-
21 schen Ziele, wie z.B. im StEP Verkehr aber auch in anderen
22 politischen Beschlüssen festgelegt worden sind, deutlich
23 verfehlen würde. Berlin würde damit auch in einem interna-
24 tionalen Städteranking deutlich abfallen wo es derzeit eine
25 federführende Position einnimmt, denn eine nachhaltige
26 Umwelt und Verkehrspolitik gelten heute als signifikante
27 Faktoren für die Lebensqualität einer Metropole, was
28 durchaus auch gleichbedeutend mit der Standortqualität für
29 wirtschaftliche Attraktivität ist, sei es für Tourismus, Creati-
30 ve Industries, hoch entwickelte Forschung und Entwicklung,
31 Universitäten, Konzernrepräsentanzen usw.

32 33 **Antrag 125/II/2012**

34 **FA X - Natur, Energie, Umweltschutz**

35 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

36 37 **Kommunikationskampagne für eine klimafreundliche Ver- 38 kehrsmittelwahl**

39 Vor dem Hintergrund des in der Urlaubszeit 2013 nicht zur
40 Verfügung stehenden Flughafens BER und der Überlastung
41 von Tegel werden die SPD Mitglieder im Berliner Senat
42 aufgefordert, eine Kommunikationskampagne des Senats
43 „Mit der Bahn klimafreundlich in den Urlaub“ in Zusam-
44 menarbeit mit den verkehrsökologischen Gruppen (VCD,
45 IGEB, BUND usw.) sowie der DB Fernverkehr zu initiieren.

46
47 Ziel der Kampagne ist es zur ITB 2013, für die freiwillige
48 Nutzung der klimafreundlichen Bahn anstelle des Flugzeugs
49 zu werben, insbesondere zu Zielen, die auch mit ICE- und IC-
50 Zügen gut zu erreichen sind (z.B. zu Urlauberregionen im
51 Bereich der Ostsee, Nordsee, Schwarzwald, Alpen, Schweiz,
52 Österreich, Polen, Tschechien und Skandinavien).

53
54 In Veröffentlichungen sollen Fahrplaninformationen zu
55 Bahnverbindungen von Berlin in Urlaubergebiete, attraktive
56 Tarifangebote sowie die Möglichkeiten einer umweltfreund-
57 lichen Mobilität am Urlaubsort (z.B. Leihfahrräder, Regio-
58 nalbusse) kommuniziert werden.

59
60 In den regelmäßig stattfindenden Chefgesprächen der SPD-
61 Mitglieder des Senats mit dem DB Vorstand soll weiterhin
62 die DB AG um eine Unterstützung der Kampagne durch

Antrag 125/II/2012

Ablehnung (K)

01 Bereitstellung erhöhter Kontingente an Sonderangeboten
02 (z.B. „Europa - Spezial“) gebeten werden, die mit den Billig-
03 angeboten der Fluggesellschaften konkurrenzfähig sind.
04 Weiterhin soll die DB AG das Angebot von weiteren
05 umsteigerfreien Direktverbindungen in Urlaubergebieten,
06 die bei den Berlinern besonders beliebt sind prüfen.
07

08 Die für den Berliner Tourismus und die Messen zuständigen
09 Akteure des Landes Berlin sollen in ihren Marketing-
10 Aktivitäten auch für die Anreise mit der Bahn beim Besuch
11 der Hauptstadt werben.
12

13 **Antrag 126/II/2012**

14 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

15 **Der Landesparteitag möge beschließen**

16 **Zügige Umsetzung der Radverkehrsstrategie**

17 Der Landesparteitag kritisiert Versuche im Berliner Senat
18 (insbesondere des Finanz- und Innensenators) die Umset-
19 zung der Radverkehrsstrategie auszubremsen. Ziel der Ber-
20 liner SPD Berlin ist es entsprechend der Koalitionsvereinbar-
21 ung, Berlin auf „den weiteren Weg zu einer fahrradfreund-
22 lichen Stadt voranzubringen.“ Die SPD Mitglieder im Senat
23 werden aufgefordert entsprechend dem Stadtentwicklungs-
24 plan Verkehr (StEP Verkehr) dafür Sorge zu tragen, dass zur
25 verstärkten Förderung des Radverkehrs die Ausgaben auf 5
26 Euro je Einwohner haushaltsneutral durch Umverteilung der
27 Erweiterungsinvestitionen des Verkehrshaushaltes zu stei-
28 gern sind. „Für die Förderung des Fahrradverkehrs sollen
29 u .a. auch GVFG-Mittel (bzw. Entflechtungsgesetz-Mittel)
30 sowie EU-Fördermittel (z.B. EFRE) umverteilt werden.“ (Zitat
31 StEP Verkehr).
32

33
34 Weiterhin werden die SPD Senatsmitglieder und SPD Stadt-
35 räte aufgefordert, die Umsetzung der Radverkehrsstrategie
36 gemeinsam durch ein reibungsloses Zusammenspiel der
37 Akteure im zweigliedrigen Verwaltungssystem aus Senats-
38 und Bezirksverwaltungen zu gewährleisten. Die Bezirksver-
39 waltungen als Teil einer einheitlichen Berliner Verwaltung,
40 sind personell so auszustatten, dass die Radverkehrsstrate-
41 gie umgesetzt werden kann.
42

43 **Antrag 127/II/2012**

44 **Jusos Berlin**

45 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

46 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

47 **Fahrplandaten für alle**

48 Am 17.9.2012 gaben die Deutsch Bahn und Google bekannt,
49 dass die Fahrplandaten der DB in GoogleMaps integriert
50 werden. Weitere Vertragsverhandlungen der DB mit den
51 Nahverkehrsverbänden, wie z. B. auch dem VBB, stehen
52 wohl kurz vor dem Abschluss. Die alleinige Nutzung der
53 Daten nur durch Google kann nur ein Anfang der Visualisie-
54 rung der Fahrplandaten sein. Insbesondere für nicht-
55 kommerzielle Projekte sind diese Daten zur Verfügung zu
56 stellen.
57

58 Die Fahrplan- und Echtzeitdaten der Deutschen Bahn und
59 der Verkehrsverbände sind öffentliche Daten, öffentliche
60 Daten gehören in öffentliche Hände und nicht in die Hände
61 von Privatkonzernen, die mithilfe der Fahrplandaten kom-
62 merzielle Interessen verfolgen.

Antrag 126/II/2012

Überweisung an AH-Fraktion (K)

Antrag 127/II/2012

Erledigt durch tätiges Handeln (K)

01 Wir fordern von der Deutschen Bahn weiter, dass sie nun
02 ihre Fahrplan- und Echtzeitdaten mittels eines maschinen-
03 lesbaren Formates veröffentlicht und mindestens den nicht-
04 kommerziellen Gebrauch dieser Daten erlaubt.
05 Dieselbe Forderung richtet sich auch an die Nahverkehrs-
06 verbände-/unternehmen. Auch diese müssen die Fahrplan-
07 und Echtzeitdaten im Internet zur Verfügung stellen.

08
09 **Antrag 128/II/2012**

10 **Jusos Berlin**

11 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

12

13 **Keine Fahrpreiserhöhung bei Bus und Bahn**

14 Wir fordern den Berliner Senat auf, sich aktiv für die Rück-
15 nahme der jüngst beschlossenen Fahrpreiserhöhungen im
16 VBB, besonders bei BVG und S-Bahn, einzusetzen. Die Ein-
17 führung der neuen Preise wurde zum 1. August diesen Jah-
18 res beschlossen. Vielmehr soll sich der Senat dafür einset-
19 zen, dass die Fahrpreise, besonders die Preise für Zeitkarten
20 wie Monats- und SchülerInnenkarten, langfristig gesenkt
21 werde, um mit diesen Maßnahmen mehr Menschen für die
22 Nutzung des ÖPNV gewinnen zu können.

23

24 **Antrag 129/II/2012**

25 **KDV Steglitz-Zehlendorf**

26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

27

28 **Eine Tram für den Berliner Südwesten**

29 Wir fordern, dass der geplante Bauabschnitt bis zum Rat-
30 haus Steglitz der Tram vom Alexanderplatz zum Kulturfo-
31 rum, deren Bau noch in dieser Legislaturperiode beginnen
32 soll, schnellstmöglich realisiert wird.

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

Antrag 128/II/2012

Ablehnung (K)

Antrag 129/II/2012

Annahme (K)

01 **VERSCHIEDENES**

02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Antrag 130/II/2012

Abt. 91 | Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Beschränkung des Rederechts von Bundestagsabgeordneten

Die Bundestagsabgeordneten der SPD werden aufgefordert, sich den Bemühungen zur Einschränkung des Rederechts für Abgeordnete mit abweichender Fraktionsmeinung energisch zu widersetzen. Vor allem auch, dass deren Redebeitrag im Bundestag nur nach Zustimmung der Fraktionsführung gehalten werden darf. Eine derartige Regelung widerspricht dem Geist des Grundgesetzes. Es ist sicher zu stellen, dass ihnen eine angemessene Redezeit garantiert wird.

Antrag 131/II/2012

AG 60 plus

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Rederecht

Der Landesparteitag wird aufgefordert, der Bundesparteitag wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass von allen Initiativen zur Einschränkung des Rederechts in Parlamenten Abstand genommen wird.

Antrag 132/II/2012

AG 60 plus

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen, die sicherstellt, dass Klinikpatienten vor ihrer Klinikentlassung mit vorgesehener Verlegung in eine RehaMaßnahme von einem/ einer Rehabilitationsmediziner/ in begutachtet werden. Der/ die Rehabilitationsmediziner/ in legt den Zeitpunkt der Verlegung in eine Rehabilitationseinrichtung fest.

Antrag 133/II/2012

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Grab von Eduard Bernstein als Dauer-Ehrengrab

Dem Grab von Eduard Bernstein auf dem Städtischen Friedhof in der Eisackstraße (Innsbruckerplatz) ist der Status als Dauer-Ehrengrab zurück zu geben.

Antrag 134/II/2012

Jusos Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Interessenvertretung offen und transparent gestalten – Lobbyismus regulieren

Analyse:

In unserer heutigen Gesellschaft vollzieht sich Politik vor allem als Gesellschaftspolitik, an deren Willensbildungs- und

Antrag 130/II/2012

Erledigt durch tätiges Handeln (K)

Antrag 131/II/2012

Erledigt durch tätiges Handeln (K)

Antrag 132/II/2012

Annahme (K)

Antrag 133/II/2012

Annahme (K)

Antrag 134/II/2012

Zurückgestellt / Empfehlung der AK folgt auf dem LPT

01 Aushandlungsprozessen viele unterschiedliche Akteurinnen
02 und Akteure mitwirken. Somit ist auch der ständige Infor-
03 mationsaustausch zwischen politischen Entscheidungsträge-
04 rInnen und Verbänden, Unternehmen und Vereinen als Teil
05 unseres gesellschaftspolitischen Systems grundsätzlich
06 positiv zu bewerten. Die Einwirkung der Zivilgesellschaft auf
07 politische Entscheidungsprozesse ist Teil unserer Demokra-
08 tie und somit für ihre Weiterentwicklung unabdingbar.
09 Diese Möglichkeiten der Einflussnahme haben jedoch auch
10 zur Organisation und Professionalisierung von Interessens-
11 vertretungen geführt, dem sogenannten Lobbyismus. Dieser
12 bewegt sich zwischen legitimer und demokratischer Interes-
13 sensvertretung und illegaler Einflussnahme, die bis zur Kor-
14 ruption reichen kann. Deshalb ist Lobbyismus differenziert
15 zu betrachten: Einerseits sind Politikerinnen und Politiker
16 bei der zunehmenden Komplexität der politischen Inhalte
17 immer stärker gezwungen auf externe Erfahrungen und
18 Informationen zurückzugreifen, andererseits stellt sich
19 dieser Vorgang auch als Privatisierung von Politik dar, in
20 dem Entscheidungsfindungsprozesse maßgeblich von Ak-
21 teurinnen und Akteuren bestimmt werden, denen die Ver-
22 fassung keine Rolle im politischen System zugewiesen hat.
23 Hierbei kommen vor allem jenen gesellschaftlichen Gruppie-
24 rungen viele Möglichkeit der Einflussnahme zu, die entwe-
25 der über gute persönliche Kontakte in das Parlament und
26 die Verwaltung verfügen oder genug finanzielle Mittel zur
27 Verfügung haben um professionelle LobbyistInnenbüros zu
28 unterhalten. Diese Situation führt zu einer weiteren Ver-
29 schärfung der gesellschaftlichen und sozialen Ungerechtig-
30 keit.

31

32 **Was zu tun ist:**

33 Wir Jusos fordern, dass jegliche externe Einflussnahme in
34 Entscheidungsprozesse strikt reguliert und transparent
35 gestaltet und somit das Risiko von Korruption innerhalb der
36 politischen Entscheidungsmechanismen weiter minimiert
37 wird.

38

39 **Parteispenden**

40 Beginnen müssen wir damit in den Parteien. Heutzutage ist
41 es üblich, dass Unternehmen für Parteiveranstaltungen
42 Sponsoring betreiben und im Gegenzug vor Ort Stände
43 unterhalten. Dies ist unserer Meinung nach nicht nur für die
44 Außenwirkung von Parteiveranstaltungen auf die Bevölke-
45 rung höchst schädlich, da es dazu führt, dass die Bevölke-
46 rung einen engen Zusammenhang zwischen dem Sponsoring
47 betreibenden Unternehmen und der Politik der Parteien
48 zieht. Es ist darüber hinaus generell höchst problematisch,
49 wenn sich Parteien bei der Durchführung von Veranstaltun-
50 gen in finanzieller Hinsicht von Sponsoring treibenden Un-
51 ternehmen abhängig machen. Private Unternehmen haben
52 unserer Auffassung nach deshalb bei Parteiveranstaltungen
53 nichts zu suchen und ihre Anwesenheit dort sollte unter-
54 bunden werden. Sollten sie Parteiveranstaltungen auch
55 ohne diese Gegenleistung finanziell unterstützen wollen,
56 sollte dieses Engagement wie eine Parteispende behandelt
57 und folglich veröffentlicht werden.

58

59 Die Regelungen über Parteispenden sehen wir darüber
60 hinaus auch sehr kritisch. Auch auf diesem Gebiet fordern
61 wir mehr Klarheit und Transparenz. Momentan müssen
62 Parteispenden ab einer Höhe von 10 000 Euro veröffentlicht

01 werden. Wir möchten diese Grenze auf 2000 Euro herunter-
02 setzen.

03
04 Auch in Bundes- und in Landesparlamenten fordern wir
05 strengere Regulierungen.

06
07 **Gläserne Abgeordnete**

08 Unser Ziel ist es, dass Abgeordnete noch detaillierter über
09 ihre Verdienste und Tätigkeiten Auskunft erteilen. Eine
10 freiwillige Regelung ist dabei wie in der Vergangenheit lei-
11 der festgestellt nicht zielführend. Wir fordern im verfas-
12 sungsmäßigen Rahmen eine vollständige Veröffentlichung
13 aller Tätigkeiten und sämtlicher Verdienste, die über die
14 Summe von 1000€ netto hinausgehen. Diese Informationen
15 sollen auf den jeweiligen Webseiten der Parlamente für die
16 Öffentlichkeit bereitgestellt werden.

17
18 **LobbyistInnenregister**

19 Um Lobbyismus besser regulieren zu können, halten wir es
20 für unabdingbar, dass man der Öffentlichkeit einen klareren
21 Überblick über das Ausmaß und die Auswirkungen der Tä-
22 tigkeit der LobbyistInnen verschafft. Die derzeitige beim
23 Bundestagspräsidenten angesiedelte „Öffentliche Liste der
24 registrierten Verbände und deren Vertreter“ ist für die
25 Schaffung von transparenten Strukturen bei der Interessen-
26 vertretung unzureichend. Die Eintragung auf dieser Liste
27 geschieht freiwillig und ist mit keinerlei Pflichten, zum Bei-
28 spiel zur Veröffentlichung von für die Lobbyarbeit aufge-
29 wendeten Mittel, verbunden. Wir JUSOS setzen uns für ein
30 verbindliches, durch eine Ombudsstelle verwaltetes
31 LobbyistInnenregister beim Deutschen Bundestag ein. Pro-
32 fessionelle und ehrenamtliche InteressenvertreterInnen
33 sollen zu einer Eintragung in das Register verpflichtet wer-
34 den. Die auf der Liste eingetragenen Personen sollen zudem
35 die Pflicht zur Offenlegung der im Rahmen ihrer Tätigkeit
36 verwendeten (finanziellen) Mittel und eventueller Auftrag-
37 geber haben. Zusammen mit dem LobbyistInnenregister soll
38 ein entsprechender verpflichtender Verhaltenskodex verab-
39 schiedet werden, dessen Nichtbefolgung geahndet werden
40 kann. Wir fordern auch Landesregierungen mit SPD-
41 Beteiligung und SPD-Landtagsfraktionen dazu auf, in ihren
42 Bundesländern auf vergleichbare Regelungen hinzuwirken.

43
44 **LobbyistInnen in der Verwaltung**

45 Bei der Bereitstellung von Informationen darüber, wer in
46 wessen Auftrag Lobbying betreibt darf es nicht bleiben.
47 Auch das Wissen darum, wer an welchen Stellen Gesetze
48 von außen beeinflusst hat, muss für BürgerInnen verfügbar
49 sein. Deshalb soll aus Vorlagen der Exekutive künftig her-
50 vorgehen, ob und an welchen Stellen externe Beratung
51 eingeholt wurde. Dieses so genannte ‚Footprint-Prinzip‘ soll
52 gewährleisten, dass konkrete Fälle eines Einflusses externer
53 InteressenvertreterInnen auf Vorlagen von Bundes- und
54 Landesregierungen sichtbar werden.

55
56 Zu einer wirksamen Regulierung von Lobbying gehört auch,
57 einem Missbrauch von Ämtern in Politik und Verwaltung
58 konsequent vorzubeugen. Schon der bloße Eindruck einer
59 Begünstigung bestimmter Interessengruppen während der
60 Amtszeit und einer anschließenden ‚Belohnung‘ nach Aus-
61 scheiden aus dem Amt durch ebendiese Gruppen muss
62 unbedingt vermieden werden.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Zusätzlich zu bisher geltenden Regeln zu Sperrzeiten für Beamte fordern wir eine Karenzzeit von drei Jahren für alle aus dem Amt scheidenden Mitglieder von Bundes- und Landesregierungen, Parlamentarischen StaatssekretärInnen und kommunalen Wahlbeamte. Innerhalb dieses Zeitraums sollen die ehemaligen AmtsinhaberInnen verpflichtet sein, etwaige neue Tätigkeiten anzuzeigen.

Wir begrüßen den Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion bezüglich dieses Themas, glauben aber, dass unsere Genossinnen und Genossen an vielen Punkten viel zu schwammig bleiben.

Nur wenn es der politischen Landschaft gelingt, sich geschlossen gegen jegliche Anbahnung von Korruption zu stellen, kann der Einfluss von mächtigen Verbänden und Unternehmen möglichst klein gehalten und viel Vertrauen innerhalb der Bevölkerung zurückgewonnen werden. Weil in diesem Fall mehr Transparenz auch mehr soziale Gerechtigkeit innerhalb des Willensbildungsprozesses bedeuten kann und somit den Kern der sozialen Idee betrifft, darf die Sozialdemokratie dieses Feld nicht anderen Parteien überlassen! Unser Anspruch an uns selbst kann somit nur sein auf diesem Gebiet mit unseren Forderungen und Konzepten eine progressive Vorreiterrolle einzunehmen.

01 **KONSENSLISTE**

02

03

04

05

135/II/12

06

Landesvorstand

07

Der Landesparteitag möge beschließen:

08

09

Konsensliste

10

Die im Antragsbuch mit (K) gekennzeichneten Empfehlun-

11

gen der Antragskommission wurden im Konsens ausgespro-

12

chen. **Der Landesparteitag stimmt diese mit (K) gekenn-**

13

zeichneten Anträge en bloc ab.

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62